

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen besorgen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für den übrigen Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 96 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Komposition oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Frauen und die Teuerung

Von Luise Zieh.

Gegenwärtig überflutet uns aufs neue eine gewaltige Welle der Teuerung und die ist noch fortgesetzt im Steigen begriffen.

Die erneut eingetretene Verschlechterung des Marktkurses, die damit verbundene weitere Entwertung des Papiergeldes, durch die alle Sachwerte in fabelhafter Weise im Werte steigen werden, führt zu ungeahnter Häufung der Kapitalien der Besitzenden und treibt diese zu den wildesten Spekulationen, um, jeder für sich, den größtmöglichen Anteil an dem Kapitalstrom zu ergattern, der durch die künstliche Hinausschraubung aller Industrieaktien unausgesetzt answirbelt. Und die Kehrseite der Medaille?

Die Steigerung aller Sachwerte bedeutet für die Besitzlosen eine ungeheure Verteuerung ihrer Lebenshaltung. Und da ihre Einnahmen begrenzt, ihre Ausgaben aber infolge der Geldentwertung fast automatisch steigen, heißt Verteuerung der Lebenshaltung gleichzeitig Verschlechterung derselben. In der gleichen Richtung wirken die wahnwitzigen Preistreiberereien der Agrarier, die, fast aller Kesseln der Zwangswirtschaft ledig, in der struppellosesten Weise das Volk auswuchern.

It schon die Preissteigerung, die ihnen für das abzulebende Brotgetreide von Regierung und Reichstagsmehrheit zugesprochen wurde, eine enorme, so spottet diejenige, die im freien Handel für Korn und Mehl erzielt wird, jeder Beschreibung. Die ihnen zugesprochene Preissteigerung verteuert die wöchentliche Brotration bekanntlich pro Kopf um 2 Mark, bei einer fünfköpfigen Familie also um 10 Mark, sofern sie im freien Handel nicht noch bedeutende Mengen kaufen müssen. Nebenher läuft dann noch die unerhörte Verteuerung des Mehles, der Graupen, Grüns, Gries, aller Hafexpräparate, die fast im Arbeiterhaushalt eine so große Rolle spielen. Eingetretten ist ferner bereits eine weitere Verteuerung der Hülsenfrüchte, des Fleisches und vor allen Dingen der unentbehrlichen Fette, wie Schmalz und Margarine, von der Naturbutter ganz zu schweigen, die ja für Arbeiter unerwünschlich ist.

Aber reden wollen wir von der Milch, diesem notwendigen Nahrungsmittel für Kinder und Kranke, trotzdem sie bereits 3,30 M., 3,50 M. und 3,80 M., ja 4,20 M. pro Liter in den Großstädten kostet, werden weitere Preissteigerungen gefordert, und zudem ist nicht mal Milch zu bekommen, denn bei der Produktion von Schlaglahne und Butter ist der Profit größer und wenn nicht, geben viele Landwirte die Milch lieber den Schweinen, als zu erträglichen Preisen der städtischen Bevölkerung. Ein gleicher Raubzug auf die Taschen der Konsumenten, wie beim Verkauf der Milch wird beim Verkauf der Eier, des Gemüses, des Obstes und der unentbehrlichen Kartoffeln gemacht, für die Phantasiereise erhöht werden, obgleich eine Durchschnittsernte trotz der wochenlangen Trockenheit zu erwarten steht.

Mit dem Gesagten haben wir nur einen Bruchteil der Nahrungsmittel, die allenentbehrlichsten, herausgegriffen, die in den letzten Wochen eine enorme Verteuerung erfahren haben. Aber diese Verteuerung bringt einer Familie von fünf Köpfen, ganz gering gerechnet, eine wöchentliche Mehrausgabe von 100.- Mark. Dabei sind, wohlgemerkt, alle sonstigen Verteuerungen der Nahrungsmittel, des Lichts, der Kohle, der Kleidungsstücke, des Hausgeräts und der drohenden Mietsteigerung völlig unberücksichtigt geblieben. Da inzwischen eine Lohnerhöhung von 100.- M. pro Woche nirgends eingetreten ist, im Gegenteil, Abzüge drohen oder schon gemacht sind, bedeutet diese Verteuerung, daß die Ernährung der Arbeiter schwerer leidet, daß sie weiter durch Fortfall des Fleischkonsums, der Milch, Einschränkung der Reispräparate, Verminderung des Eier- und Fettverbrauchs verschlechtert wird.

Diese schmerzlichen Entbehrungen der Minderbemittelten treffen besonders schwer die Frauen als Mütter und Hausfrauen, denn sie vermehren nicht nur deren Sorge, wie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln alle Mäuler sattzumachen, wie alle Familienmitglieder zu bekleden und zu beschulen sind, sie verschärfen auch ihren Kummer, weil sie wissen und täglich aufs neue erleben, daß die verschlimmerte Unterernährung die Gesundheit ihrer Lieben untergräbt, ihre Arbeitsfähigkeit schmälert und damit Lebensmut und -freude allmählich, aber sicher zerstört.

Die furchtbaren Zahlen über die Zunahme der Tuberkulose, die Rachitis und Strophulose, über die Zunahme der Kindersterblichkeit reden eine grause Sprache. Die Mitteilung, die der Amtshauptmann von Leipzig, der Genosse Köpcke, kürzlich in einer Sitzung machte, daß die Zahl der Schuluntersassen, die zu entkräftet seien, um die Lehrstelle und die Arbeit antreten zu können, eine große sei, zeigt, daß die Unterernährung und das Wohnen in engen, licht- und luftarmen Wohnungen, die oft wahre Brutstätten für Stropheln, entsetzliche Seuchenherde der Tuberkulose sind, degenerativ in hohem Maße wirken.

Und stelle man demgegenüber, wie das Agrariertum durch seine Volksauswucherung genau wie die Industrie-Magnaten ihren Reichtum zur fabelhaften Höhe steigern und einen nie gekannten Luxus treiben, so wird klarer denn

Das Duzend neue Steuern

Keine Aenderung des bestehenden Steuerwesens

Abweichend von der sonst üblichen, reichlich undemokratischen Gepflogenheit, Gesetzentwürfe erst dann der Öffentlichkeit zu unterbreiten, wenn sie dem Reichsrat zur Beratung vorgelegen haben, hat der Reichsfinanzminister das Duzend neuer Steuerentwürfe bereits jetzt bekanntgegeben, um damit dem großen Interesse entgegenzukommen, das überall in der Bevölkerung diesen neuen Steuerplänen entgegengebracht wird, die dazu berufen sein sollen, die Mittel aufzubringen zur Erfüllung unserer Leistungen aus der Annahme des Londoner Ultimatum und zur Festigung unserer inneren Finanzverhältnisse. Von amtlicher Seite wird dabei ausdrücklich betont, daß es sich bei diesem Gesetzentwurf nicht um eine Steuerreform handle, eine Steuerreform bedeute Aenderung der Grundsätze im bisherigen Steuerwesen. Das ist bei den 12 Entwürfen nicht der Fall. Von einer bis jetzt vorliegenden Reform, d. h. von einer grundsätzlichen Aenderung könnte erst die Rede sein, wenn sich die Reichsregierung nicht nur die Steuerpläne des Finanzministeriums, sondern auch die des Wirtschaftsministeriums zu eigen machen würde, wenn man in irgendeiner Form zur Erfassung der Sach- oder Goldwerte überginge.

Das Duzend neuer Steuern zerfällt in vier Gruppen. Zunächst haben wir die Gesetzentwürfe, bei denen es sich um Erhöhung bestehender Steuern oder Zölle handelt. Eine Erhöhung sollen erfahren die Leuchtstoffsteuer, also die Steuer auf elektrische Glühlampen, Gasglühlampe, Bogenlampenbrennstoff usw.; die Zündwarensteuer; die Biersteuer; die Mineralwassersteuer und die Tabaksteuer, soweit es sich um feingeschnittene Rauchtobak, Pfeifentabak, Kauitabak und Schnupftabak handelt.

Ein weiterer Gesetzentwurf sieht die Erhöhung der Zölle auf Genussmittel vor: Bananen, Datteln, Kaffee, Kakao, Tee, Paprika, Gewürze aller Art, Schokolade; für eine große Menge von Waren des Zolltarifs sollen die allgemeinen Zollsätze um 100 vom Hundert erhöht werden.

Die Abänderung des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917 bzw. 27. Juni 1921 bringt folgende Fassung des § 6 Abs. 1:

Die Steuer beträgt 30 v. H. des Wertes der gekauferten oder sonst angegebenen oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbraucher zugesprochenen oder der eingeführten Kohle. Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichskohlenrats und des Reichsrats diesen Steuerfuß bis auf 25 v. H. zu ermäßigen oder nach seiner Ermächtigung wieder bis auf 30 v. H. zu erhöhen.

Die zweite Gruppe der neuen Steuern umfaßt die sogenannten Verkehrssteuern. Der umfangreichste Entwurf ist der eines Kapitalverkehrssteuergesetzes. Dieser Gesetzentwurf sieht eine Gesellschaftsteuer für Rechtsgeschäfte, die Gesellschaften betreffen; eine Wertpapiersteuer für den ersten Erwerb von Vermögenswerten des Kapitalverkehrs; eine Börsenumsatzsteuer für Anschaffungsgeschäfte des Börsenverkehrs; eine Aufsichtsratssteuer für die Gewährung von Vergütung an Mitglieder des Aufsichtsrats von Kapitalgesellschaften; schließlich eine Gewerbeanschaffungssteuer für den Erwerb von Vermögensgegenständen zu gewerblichen Zwecken.

Der Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes erfaßt Kraftfahrzeuge, die zur Beförderung von Personen oder Gütern dienen. Befreit von der Steuer sind u. a. die Kraftfahrzeuge der Feuerwehr, solche zur Krankenbeförderung und zu Rettungszwecken und

solche, die ausschließlich der Beförderung von Geräten von und zur Arbeitsstätte dienen.

Als weitere neue Steuer ist vorgesehen ein Kennzeichengesetz, das den Totalisatorumsatz erfaßt und als Neuerung den Buchmacher zuzählt. Totalisator und Buchmacher haben ein Wettbuch zu halten, in dem jeder Einsatz verbucht sein muß. Der Unternehmer des Totalisators hat eine Abgabe von 16% v. H., der Buchmacher eine Abgabe von 10 v. H. des Wettbetrages als Steuer an das Reich zu entrichten.

Ein neues Steuergesetz besteuert die verschiedensten Arten von Versicherungen: Feuerversicherung, Hagelversicherung, Einbruchdiebstahlversicherung, Glasversicherung, Viehversicherung, Transportversicherung, Lebensversicherung, Unfallversicherung, Haftpflichtversicherung usw.

Einer der neuen Gesetzentwürfe betrifft die Abänderung des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919. Dessen § 13 soll folgende Fassung bekommen: „Die Steuer beträgt bei jedem steuerpflichtigen Umsatz 3 vom Hundert des Entgelts. Soweit... höhere Steuerfüße vorgesehen sind, finden diese auf Umsätze von Gegenständen in das Ausland keine Anwendung. Ein besonderer Abschnitt dieses Gesetzes sieht eine erhöhte Umsatzsteuer auf die Verabreichung von Speisen und Getränken vor, und zwar für Unternehmen, die höhere Entgelte berechnen als schlichte Speise- und Schankwirtschaften; diese Erhöhung trifft also vor allem Hotels, Restaurants, Cafés, Konditoreien, Kaffeehäuser, Bars, Pöhlen usw. Diese selbst zerfallen wieder in zwei Gruppen; die erste, Luxuswirtschaften, wird mit 10 v. H. belastet, die zweite mit 5 v. H.

Eine vierte Gruppe der neuen Gesetzentwürfe umfaßt die Besitzsteuern. Darunter befindet sich zunächst eine Aenderung des Körperschaftsteuergesetzes vom 30. März 1920. Der Entwurf sieht bei den Erwerbsgesellschaften eine Steuer von 30 v. H. des steuerbaren Einkommens, bei den übrigen Steuerpflichtigen 10 v. H. des steuerbaren Einkommens vor.

Der Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes sieht eine jährliche Vermögenssteuer vom 1. April 1923 ab vor, die für die Dauer von 15 Jahren noch mit einem besonderen Zuschlag bedacht wird. Die Steuer beträgt nach dem Entwurf für die natürlichen Personen jährlich von den ersten angefangenen oder vollen 50 000 Mark des der Steuer unterliegenden Vermögens einhalb vom Tausend und steigt bis zu 10 v. T. für Beträge über 10 Millionen Mark.

Außer dem Vermögenssteuergesetz ist ein Vermögenszuwachssteuergesetz vorgesehen; die Steuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 100 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 1 v. H. und steigt bis 10 v. H. bei Beträgen über 1 Million.

Diesen beiden Gesetzentwürfen gliedert sich als drittes an, eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Sie beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 100 000 Mark des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 5 v. H. und steigt bis zu 30 v. H. für Beträge über 1 Million Mark.

Dies in Kürze ein flüchtiger Ueberblick über die Gesamtheit der Steuerpläne, über die sich die Reichsregierung bis heute schlüssig geworden ist.

Auf den genauen Inhalt dieser vorstehend nur kurz skizzierten Vorlagen werden wir im einzelnen noch zurückkommen.

je der ganze Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der die Massen, die den Reichtum erzeugen, zum Hunger, zur Degeneration verdammt, während die Besitzenden im Reichtum fast ertrinken.

Angeht dieses Zustandes der Dinge magt es die Regierung, dem Parlament ein Steuerbukett vorzulegen, das wiederum eine gewaltige Mehrbelastung der Minderbemittelten bedeutet, ohne nennenswerte Steuern für die Besitzenden zu bringen. Während sie den Zucker, ein notwendiges Nahrungsmittel, das ohnehin viel zu hoch im Preise steht, durch die Erhöhung der Steuer von 14 Pfennig auf eine Mark pro Kilo weiter verteuert, und damit für viele unerschwinglich macht, während sie eine Vervielfachung der Leuchtstoffsteuer, eine Verdoppelung der Zündwarensteuer vorstelt, sowie eine Erhöhung der Kohlensteuer um 25 Mark pro Tonne, eine weitere Erhöhung der ungerechten Umsatzsteuer, sowie des Zolles auf Kaffee, Thee und Schokolade usw., ist von einer Erfassung der Goldwerte, also der Vermögen, die in Grund und Boden, den großen industriellen Anlagen angelegt sind, keine Rede. Der gewaltigen Neubelastung der Minderbemittelten, die ohnehin darben und im Elend leben, steht die Schonung der Reichen, die im Ueberfluß schwimmen, gegenüber.

Die Erbitterung über diese Absicht ist in den Reihen der Minderbemittelten, insbesondere der Frauen, ungeheuer.

Aufgabe des Proletariats und nicht zum wenigsten seines weiblichen Teils ist es, den Kampf gegen Teuerung und Steuerdruck mit gesammelter Kraft zu führen; gegen die unerträgliche Steuerlast, die man uns neu aufbürden will, im Parlament und außerhalb desselben. Dem großen Bußert der Steuern, die eine ungeheure Belastung des Massentums bedeuten, haben wir gegenüberzustellen die Forderungen nach Steuern, die das Kapital treffen, sowohl die Sachwerte wie die Kapitalprofite, und unser Kampf wird sich zuspitzen zu einem Ringen um die Durchsetzung der Sozialisierung, zunächst der Bergwerke.

Die Teuerung dagegen zwingt zu Lohnforderungen, die, wie die Dinge liegen, sich sicherlich zu sehr heftigen Lohnkämpfen gestalten werden. Bei all diesen Kämpfen dürfen die Frauen, als die größere Hälfte der Arbeiterklasse, nicht fehlen, sie müssen vielmehr als die doppelt Interessierten in erster Reihe mitkämpfen.

Eure Aufgabe, Genossinnen, ist es deshalb, allerorts eine intensive Agitation zu entfalten unter den uns noch fernstehenden Frauen und Mädchen, sie aufzurütteln, sie zu organisieren, das Solidaritätsgefühl und das Klassenbewußtsein in ihnen wachzurufen und zu festigen. Ein einheitlicher Kampf des gesamten Proletariats, einheitlich auch in dem Sinne, daß Männer und Frauen gemeinsam kämpfen, verbürgt seinen Sieg.

Der Völkerverbund und Oberschlesien

Der Vertreter Spaniens als Berichterstatter

Paris 19. August.

Nach einer Havasmeldung hat Iñuri, der derzeitige Präsident des Völkerverbundes, Duinones de Leon, den Vertreter Spaniens beim Völkerverbund, ersucht, das Amt des Berichterstatters in der außerordentlichen Sitzung des Völkerverbundes, die für den 29. August nach Genf einberufen ist, anzunehmen.

Jeder Vorgespräch des Völkerverbundes geht eine möglichst vollständige und möglichst unparteiische Prüfung der Angelegenheit voraus. Zu diesem Zwecke beantragt der Präsident für jede Angelegenheit, mit der sich der Völkerverbund befaßt, ein Mitglied, einen Bericht vorzubereiten, der dazu bestimmt ist, den Mitgliedern des Rates alle Auskünfte und Aufklärungen zu liefern, die sie im Laufe der Vorgespräche nötig haben könnten. Bei der Eröffnung der Sitzung verliest der unterrichtete Berichterstatter seinen Bericht, der sogleich an alle Mitglieder des Völkerverbundes verteilt wird. Nach Beendigung des Berichtes findet dem Falle entsprechend entweder sofort eine Besprechung statt, oder sie wird auf ein späteres Datum festgesetzt, um unter Umständen den Mitgliedern des Völkerverbundes die Möglichkeit zu geben, den Bericht einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und vom Berichterstatter gegebenenfalls vervollständigte Auskünfte zu erbitten. Nach dieser eingehenden Prüfung der Angelegenheit sprechen sich dann die Mitglieder des Völkerverbundes aus.

Der „Temps“ beglückwünscht Spanien dazu, daß es Gelegenheit habe, eine so wichtige Rolle in einer bedeutenden historischen Frage zu spielen, die gegenwärtig Europa beschäftigt. Spanien könne endgültig dazu beitragen, die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, und den Friedensvertrag zu festigen.

Der „Intransigant“ schreibt: Wenn in der oberösterreichischen Frage eine unbedingende Lösung gefunden würde, was wahrscheinlich sei, so werde Oberschlesien doch nicht französische Elsaß-Lothringen werden, weder vom politischen noch vom Gefühlsstandpunkt aus dürfte die oberösterreichische Frage die Haltung Frankreichs bestimmen. Oberschlesien sei nur ein Zwischenfall in der französischen Geschichte. Warum sollte man sich den Kopf an einer Mauer einrennen, die man nicht umstürzen könne? Wenn die Lösung der oberösterreichischen Frage nicht den Wünschen Frankreichs entsprechen würde, so müßte man, um eine Trübung im Osten unschädlich zu machen, die von Clemenceau verteilte Auffassung wieder aufnehmen und an den Rhein zurückkehren, der die wirksamste Garantie für die Sicherheit Frankreichs bleibe.

Reichstagsabg. Burlage gestorben

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat binnen kurzer Zeit zum dritten Mal einen ersten Verlust zu beklagen. Nach dem führenden christlichen Sozialpolitiker Dr. Hise, dem ersten Vorsitzenden der Partei Dr. Trimborn ist nun gestern vormittag der Reichstagsabgeordnete Eduard Burlage, der zweite Vorsitzende der Zentrumsfraktion, gestorben. Mit ihm ist einer der fleißigsten und gewissenhaftesten Volksvertreter dahingegangen, der sich deshalb bei allen Parteien großen Ansehens erfreute. Er wohnte, wie nur wenige Abgeordnete, den Sitzungen im Plenum, in den Kommissionen oder wo sonst er immer zu tun hatte, von Anfang bis zu Ende bei.

Reichstagsabgeordneter Burlage ist 63 Jahre alt geworden. Er gehörte von 1896 bis 1907 dem oldenburgischen Landtag an. Von 1908 bis 1907 war er Mitglied des Reichstages, wurde nach der Revolution im Wahlkreis Weser-Ems in die Nationalversammlung gewählt und ebenso darauf in den Reichstag.

Reichswirtschaftsrat und Steuervorlagen

Der Reparationsausschuß des vorl. Reichswirtschaftsrats nahm in seiner Sitzung am 18. August den Bericht des Unterausschusses über die Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern (Zehntelsteuern, Zündwarensteuer, Biersteuer, Mineralwassersteuer, Tabaksteuer) entgegen. Der Ausschuß wandte sich zunächst der Beratung der Zehntelsteuern zu und stimmte ihr zu. Die Zündwarensteuervorlage fand gleichfalls die Zustimmung des Ausschusses, da bereits seit dem 1. April 1921 eine Abgabe für Zündhölzer in Höhe der neuen Steuerhöhe gemäß einer Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums bestünde, somit die Erhöhung schon von diesem Zeitpunkt an durchgeführt sei und eine Änderung des bestehenden Zustandes praktisch nicht eintrete. Sodann wurde in die Beratung der Biersteuer eingetreten. Entgegen dem Urteil der Sachverständigen, die allenfalls eine Verdoppelung für erträglich erklärt hatten, war vom Unterausschuß die Verzehrsteuer gebilligt worden, weil die Verkaufspreise z. B. in Berlin von durchschnittlich 450 M. pro Hektoliter gegenüber 240 M. Erzeugerpreis pro Hektoliter außerordentlich hohe Aufschläge enthielten und außerdem bei den allgemein hohen Bierpreisen die Erhöhung von höchstens 37 1/2 Pfennig pro Hektoliter unbedeutend wäre. Der Erhöhung auf das Vierfache wurde zugestimmt.

Der Mineralwassersteuervorlage wurde ohne Debatte zugestimmt. Die Tabaksteuervorlage wurde als Ganzes abgelehnt. Bezüglich der Steuerhöhe im einzelnen, laßt der Ausschuß folgende Beschlüsse: Zigarren und Zigaretten sind bereits so stark belastet, daß eine weitere Erhöhung der Steuerhöhe nicht mehr tragbar erscheint.

Im Anschluß an die Beratung der Verbrauchssteuern wurde der Bericht des Unterausschusses über die Abänderung des Kohlensteuergesetzes gehört. Der Ausschuß erteilte der Regierungsvorlage grundsätzlich seine Zustimmung.

Auch auf diese Beratungen, bei denen anscheinend selbst die Arbeitervertreter mehr Wert auf Richtigkeit als auf Gründlichkeit gelegt haben, wird noch zurückzukommen sein.

Die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen

Im Auswärtigen Amt fand am 17. August auf Veranlassung des Reichsfinanzministers unter Hinzuziehung der Reichsgerichtsräte für Kriegs- und Zivilgefangene eine Sitzung statt, in der mit Vertretern der Kriegsgefangenenorganisationen verschiedene die Heimführung der noch immer nicht in die Heimat zurückgeführten deutschen Kriegsgefangenen betreffende Fragen besprochen wurden. Die Aussprache ergriffte sich insbesondere auf die Heimführung der in Cistankauja befindlichen Gefangenen sowie auf die in Vagnon zurückgehaltenen Kriegsgefangenen. Hierbei wurde an der Hand der neuesten Nachrichten, welche die teilweise Freilassung der Vagnon-Gefangenen melden, auch die Frage der weiteren Haltung der Organisationen und der mit der Kriegsgefangenenfürsorge befaßten amtlichen Stellen in dieser anscheinend zunächst auf gutem Wege befindlichen Angelegenheit erörtert.

Nach Mitteilung von zuverlässiger Seite sind die Namen der infolge der Bemühungen der Deutschen Botschaft in Paris von der französischen Regierung entlassenen 34 deutschen Kriegsgefangenen aus Vagnon, Cuers und

Agay die nachstehenden: Johann Reger aus Altkloster, Ludwig Wiesorel aus Rodwig, Fritz Maack aus Breslau, Walter Riens aus Rostock, Franz Bromme aus Leipzig, August Reis aus Wachen, Fritz Gras aus Söllschau, Hermann Puhlemann aus Bernierode, Walter Majur aus Lüdenscheid, Fritz Wahren aus Kronprinzengraben, Lukas Otten aus Osterwegen, Wilhelm Winterschaden aus Landwehr, Eugen Hauzer aus Bodelshausen, Friedrich Hanel aus Schellin, Kurt Vogel aus Dresden, Walter Hentschel aus Neuföhren, Adam Mäurer aus Kuhl, Max Kohlgelb aus Schieren, Paul Langner aus Paurahütte, Otto Beder aus Malsborn, Walter aus Klauen i. B., August Bimmerlede aus Rützingen, Alois Falkenberg aus Dohn, Franz Berg aus Duisburg, Fritz Göhe aus Wolfenbüttel, Heinrich Kemper aus Gelsenkirchen, Ernst Koch aus Sarstedt, Ernst Müller aus Mülheim (Ruhr), Vincenz Kaupp aus Mannheim, Fritz Rieger aus Forsthaus Campenau, Martin Rothgänger aus Labian, Franz Scheuermann aus Mainz-Kostheim, Theodor Friedhöhl aus Schleusendorf, Jakob Reider aus Reimsbach.

Der Kampf gegen den bayerischen Ausnahmezustand

München, 18. August.

Seit Mai 1919 laßt der Ausnahmezustand auf dem bayerischen Proletariat, Zeitungs- und Versammlungsverbote sind an der Tagesordnung — aber nur gegen die Linksparteien. Die deutschnationale und antisemitische Hechtpresse kann ungehemmt ihr verbrecherisches Treiben fortsetzen. Politisierende Offiziere und Professoren dürfen zur Trennung vom Reich auffordern und erfreuen sich dabei noch des besondern Wohlwollens der bayerischen Regierung, die im Kapp-Putsch durch Hochverrat die politische Gewalt an sich gerissen hat. Erst vor kurzem wurde neuerdings die „Münchener Morgenpost“, das Organ der USP, vom Münchener Polizeipräsidenten Böhner dauernd verboten. Klugerweise hat man mit dieser Maßnahme gewartet, bis der bayerische Landtag in die Ferien gegangen war. Die USP hat nun heute im Münchener Stadtrat folgenden Antrag eingebracht:

„Nach Art. 48 der Reichsverfassung kann der Reichspräsident, wenn im deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Er darf zu diesem Zweck vorübergehend einzelne der verfassungsmäßig festgesetzten Grundrechte ganz oder teilweise außer Kraft setzen. Ein gleiches Recht steht „bei Gefahr im Verzug“ den einzelnen deutschen Landesregierungen für ihr Gebiet zu. Sie können „einstweilige Maßnahmen“ der vorerwähnten Art treffen. Die Frage, ob die öffentliche Sicherheit und Ordnung in einem Lande so erheblich gestört oder gefährdet ist, daß wegen „Gefahr im Verzug“ „einstweilige Maßnahmen“ veranlassen sind, ist von der Landesregierung nach pflichtmäßigem Ermessen zu prüfen. Auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages sind die „einstweiligen Maßnahmen“ jedoch außer Kraft zu setzen. Es wird nun darauf verwiesen, daß die bayerische Regierung seit Mai 1919 rüchdig die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet sieht, und deshalb seit diesem Zeitpunkt ihre „einstweiligen Maßnahmen“ aufrecht erhielt. In gleicher Weise habe die Justiz die bayerischen Ausnahmegerichte, die man „Volksgerichte“ nennt, zur ständigen Einrichtung gemacht. Trotz aller Versicherungen der bayerischen Regierung, an den Abbau der Ausnahmemaßnahmen zu gehen, habe sie nichts nach dieser Richtung unternommen. Die Regierung schene nicht davor zurück, großen politischen Parteien auf ganz allgemein gehaltener Anschuldigungen ihre Publikationsorgane dauernd zu rauben. In München sei nicht nur das Organ der SPD, die „Neue Zeitung“, dauernd verboten, man habe jetzt auch die „Münchener Morgenpost“, das Organ der USP, mit einem dauernden Verbot bedacht, nachdem man kurz vorher den unabhängigen „Kampf“ verboten habe. Auch die Berliner „Freiheit“, die im ganzen Reich unbeanstandet verbreitet werden könne, habe der Staatskommissar für München in seinem Machtbereich verboten. Die Möglichkeit, gegen die Verbote Beschwerde einzureichen, habe sich bisher als eine reine Farce erwiesen.

Auf der anderen Seite würden die Rechtsradikalen durch stillschweigende Duldung gefördert in ihrer gemeinsten hochverräterischen Hege. Gegen die Beschimpfung der Reichsregierung als Judentregierung, als Franzosenregierung, als Verbotsregiment, als Volkspolizeiregierung, als Feindbundes, sei noch nicht ein einziges Mal seit Handhabung des bayerischen Ausnahmezustandes eingeschritten worden. Im weiteren wird die partielle Handhabung der Überwachung der Versammlungen und die Spitzel- und Provokationsarbeit der Münchener Polizei aufs schärfste gekennzeichnet. Der Polizeipräsident von München, Herr Böhner, habe den Vorwurf der Beschuldigung zu politischen Zwecken auf sich sitzen lassen. Auch die willkürliche Handhabung der bayerischen Fremdenpolizei und die Klassenurteile der bayerischen Ausnahmegerichte, wird an Hand von Tatsachen rüchdtlos der Kritik unterzogen.

Zum Schluß heißt es in dem Antrag der U. S. P.:

„Die bayerische Staatsregierung hat bisher die vorstehend geschilderte Praxis des Ausnahmezustandes restlos geduldet. Sie hat sich mit dieser Praxis derart identifiziert, daß sie ohne Ausnahmezustand gar nicht mehr denkbar ist. Regierungen aber, die von staatsmännischer Klugheit sowie von dem Grundsatz ausgehender Gerechtigkeit nicht nur mit den Lippen befehl sind, können ohne dauernden Ausnahmezustand regieren. Erst die Aufhebung des Ausnahmezustandes ist eine Probe darauf, ob es die angeblich aufbauenden Kräfte sind, von denen die bayerische Staatsregierung erhalten oder ob ihre Macht lediglich auf der plumpen Gewalt des in der Loge des Rechts gefesselten, von Bajonetten, Maschinengewehren und Geheimpolizei beschränkten und von der unter den verschiedensten falschen Prätexten gelegentlich Schwereindustrie finanzierten und mit den Mitteln einer sinkenden Pressekorruption „populär“ gemachten Ausnahmezustandes beruht.“

Wenn der Stadtrat München mit gegenwärtiger Eingabe das Gefühl stellt, es wolle

der Herr Reichspräsident und der Deutsche Reichstag die unverzügliche Aufhebung der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung von der bayerischen Staatsregierung getroffenen „einstweiligen Maßnahmen“ verhängen.

so weiß er sich damit im Einklang nicht nur mit den Grundgesetzen der Reichsverfassung, deren Umgehung auf dem Wege eines „einstweiligen“ Dauerzustandes einen schweren Rechtsbruch bedeutet, sondern vor allem auch mit jenen demokratischen Grundgesetzen, die von der gegenwärtigen Reichsregierung und der Mehrheit des Deutschen Reichstages als die Grundlage ihrer Politik bezeichnet werden.“

Bei der Behandlung des vorstehenden Antrages im Hauptausschuß des Münchener Stadtrates stellten sich sämtliche

bürgerliche Parteien auf die Seite des Ausnahmezustandes und nahmen die bayerische Polizeiwirtschaft in Schutz. Die Vertreter der USP, SPD, und KPD, sprachen sich für Annahme des Antrages unter scharfen Angriffen auf die bayerische Regierung und die Polizeiwirtschaft in München aus. Der Antrag wurde mit den Stimmen der sozialistischen Parteien (12 gegen 11 Stimmen) im Ausschusse angenommen. Die Demokraten beantragten die nochmalige Behandlung des Antrages im Plenum des Stadtrates, doch dürfte er auch dort kein anderes Schicksal haben.

Die Frage der Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes ist nun einmal aufgetaucht und sie darf nicht früher zur Ruhe kommen, bis der Ausnahmezustand in Bayern restlos aufgehoben ist!

Lloyd George über die Irefrage

Und. Tel. London, 19. August.

Lloyd George gab heute im Unterhaus eine Erklärung über die Verhandlungen der englischen Regierung mit den Sinnfeinern ab. Lloyd George stellte fest, daß die britische Regierung die Gesamtheit ihrer Bedingungen in dem Brief an De Valera mitgeteilt habe, nichts sei zurückgehalten worden, weil man darauf Wert lege, die vernünftige öffentliche Meinung nicht nur in England und Irland, sondern überall in der Welt für die Vorschläge der Regierung einzunehmen. Seiner Meinung nach habe die Erfahrung gelehrt, daß die englische Regierung recht hatte, diesen Weg einzuschlagen. Ihm sei kein Urteil in England und in der übrigen Welt, mit Ausnahme Irlands, bekannt geworden, daß die Regierungsvorschläge nicht bis an die äußerste Grenze möglicher Zugeständnisse gegangen seien. (Beifall.) Dagegen habe er Äußerungen der Kritik vernommen, daß die Regierung zu weit gegangen sei. Deshalb möchte er klarstellen, daß die Regierung alles aufgedeckt habe, was im Bereiche der Möglichkeit stand, um den Frieden und den guten Willen des irischen Volkes zu erlangen. In Irland selbst betrafen die geäußerten Zweifel, soweit er sehen konnte, nicht so sehr die Bedingungen selbst, als die Bedeutung des Gesamtvorschlages. Diese Frage sei einer Erläuterung und Aufklärungsarbeit zu überlassen. Die Äußerungen und die Grundlagen des Angebotes können nicht geändert werden. Eine Ablehnung der Regierungsbedingungen würde eine unzweifelhaftige Herausforderung der Regierungsmacht und der Reichseinheit bedeuten. Aber die Regierung wüßte aufrichtig, daß es zum Frieden käme und daß das lange Mißverstehen zwischen beiden Völkern ein Ende nähme. Er hoffe, daß Vernunft siegen würde und daß die irischen Führer nicht das weiteste Maß von Freiheit ablehnen würden, das ihrem Lande jemals geboten worden sei. Er wüßte nicht glauben, daß die irischen Führer die Verantwortung auf sich nehmen würden für die Erneuerung des Kampfes, der hinfort allen Ruhmes entkleidet sein würde.

Im Oberhaus ergriff Lord Curzon das Wort, um sich in ausführlichen Darlegungen über das irische Problem zu äußern. Seine Rede folgte den Gedankengängen derjenigen von Lloyd George. Am Schluß seiner Rede sagte Lord Curzon, wenn Irland das gegenwärtige Angebot der britischen Regierung ablehnte, so würde die englische Regierung die Herausforderung annehmen und nicht zurückweichen vor den schwierigen Aufgaben, die sich dann ergeben dürften. Die Sache sei gegenwärtig in der Schwebe und er müsse an das Haus appellieren, nichts zu sagen, was den von allen erhofften Erfolg der Unterhandlungen irgendwie gefährden könnte.

Aus Baranya

Verchiebung des ungarischen Einmarsches

Budapest, 18. August.

Da die serbischen Militärbehörden bisher keinerlei Befehl zur Räumung der laut Friedensvertrag zurückzugebenden Gebiete ausgegeben haben, stimmt der Kommandant der ungarischen Truppen, General Soos, auf Eruchen des Bevollmächtigten der Entente-Kontrollkommission, Oberst Goffet, zu, daß die mit der Uebernahme zusammenhängenden militärischen Operationen, die heute hätten beginnen sollen, 48 Stunden verschoben werden.

Belgrad, 18. August.

Der Ministerrat hat in seiner heute abend abgehaltenen Sitzung die sofortige Räumung von Baranya beschlossen.

Die Uebergabe Westungarns

Der „Times“ wird aus Wien gemeldet, daß die österreichischen Behörden gestern mit der Besetzung der ungarischen Gebiete begonnen haben, die Österreich auf Grund des Vertrages von Trianon zufallen. Eine internationalisierte Kontrollkommission, die ihren Sitz in Odenburg hat, überwacht die Operation.

Gleichzeitig mit der Generalübernahmekommission wurde nach Odenburg eine Abteilung italienischer Truppen in der Stärke von 100 Mann, entsandt, die in Westungarn bis nach der Uebergabe verbleiben wird. Von den Abgeordneten der westungarischen Bezirke werden vier ihre Mandate niederlegen, während die übrigen dieselben beibehalten.

Praktische Abrüstungspolitik

Verhinderung der Fabrikation von Kriegsmaterial

Das Pariser Gewerkschaftsblatt „Peuple“ teilt mit, daß die Vereingung der Seine-Syndikate beschlossen hat, eine internationalistische Vereinigung der Syndikate der Schiffsfabrikation, der Bewehrungsindustrie, der Metallindustrie, der chemischen Industrie und aller Kriegsindustrien ins Leben zu rufen, die eine großzügige Propaganda gegen die Fabrikation aller für einen neuen Krieg bestimmten Dinge, vor allem von Munition, unternehmen soll. Anschläge, Großhärenverteilung und Versammlungen im ganzen Lande sind in Aussicht genommen.

Wenn die Arbeiter aller Länder dem Beispiel ihrer französischen Brüder folgen und dieses Ziel mit aller Energie durchsetzen, dann haben sie für den Weltfrieden mehr getan, als alle Abrüstungskonferenzen, die die Imperialisten zu ihrer eignen Verhinderung veranstalten. In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, daß auch der Internationale Metallarbeiterkongress in diesen Tagen eine Resolution angenommen hat, die sich scharf gegen die Herstellung von Kriegsmaterial wendet und im Kriegsfall das Mittel der Transportverweigerung empfiehlt. Das ist der konsequenter Kampf gegen den Krieg. Die proletarische Selbsthilfe, der proletarische Friedenswille dürfen nicht mehr dem Imperialismus und dem Nationalismus gegenüber unterliegen.

Toska reist nach Japan. Nach dem „Echo de Paris“ reist Toska in besonderer Mission im Auftrage der französischen Regierung am 2. September von Marseille nach Tokio.

China geht nach Washington. China hat amtlich erklärt, an der Washingtoner Abrüstungskonferenz teilzunehmen zu wollen.

Die Pflicht der Stunde

Von Dr. S. Drucker.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht heute eine Uebersicht über den Verbrauch von Bier und die Biererzeugung in Deutschland im Rechnungsjahr 1920. Danach sind in dieser Zeit 23 Millionen Hektoliter Bier gebraut worden, davon über 10 Millionen Hektoliter Vollbier. Zur Herstellung dieser Biermenge wurden verwendet:

- 4 481 000 Zentner Gerstenmalz,
- 225 000 Zentner anderes Malz (hauptsächlich Weizenmalz),
- 68 000 Zentner Zuckerrüben,
- 30 000 Zentner Reisgrischabfall und Maisgrisch.

Im Vergleich mit dem Vorjahr hat man 1920 ungefähr doppelt soviel Malz vergoren! Da zur Gewinnung eines Kilogramms Malz gegen einunddreißig Kilogramm Gerste erforderlich ist, sind also in der Zeit vom 1. April 20 bis 31. März 21 rund 8 Millionen Zentner Gerste in die Brauereien gewandert; das macht an jedem einzelnen Werktag durchschnittlich 20 000 Zentner. Ganz abgesehen von den gewiß nicht unbedeutenden Mengen von Weizen, Zuder, Maisgrisch.

Was hätte man nicht mit diesen gewaltigen Massen wertvollen Getreides zur Aufbesserung der so schwer geschädigten Volksgesundheit tun können! 1 Million Säuglinge, 1 Million Kleinkinder, 1 Million schwangerer und stillender Mütter und noch dazu 1 Million Kranke hätten Woche für Woche 2 Pfund feines Gerstenmehl, Gerstentodden, Grütze, Graupen, Zwieback oder Malzextrakt erhalten können! Wäre die Gerste zur Brotbereitung benutzt worden, dann hätte man weniger Getreide aus dem Ausland einzuführen brauchen, das Reich hätte fast 1 Milliarde Mark gespart, und das Sinken der Valuta wäre wenigstens etwas gebremst worden. Vor allem hätte das Ausland den ersten Willen Deutschlands gesehen, die ihm noch verbliebenen Güter sorgsam zum Wiederaufbau auszunutzen und jede Verschwendung peinlich zu vermeiden. Und es hätte vor dem neuen Kurs Achtung bekommen, seinen Vertretern Vertrauen entgegengebracht.

Nichts von alledem! Man hat mit dem Nahrungsmittelgetreide genauso wie in den Jahren vorher und Heber das Ausland, die ehemaligen Feinde um milde Gaben für unsere unterernährten und kranken Kinder angebetelt. Wie lange soll diese Schandwirtschaft noch dauern? Ob nicht doch endlich die Führer der notleidenden Arbeiterklasse sich aufrufen und in den Parlamenten, in der Presse, in Versammlungen den Regierenden ein trostiges, unbedingtes „Es ist genug!“ zurufen? Dabei nicht das Proletariat unter dieser Vergeudung sozialer Nahrung am meisten? Es darf nicht so weiter gehen!

Es darf nicht so weiter gehen — noch aus einem anderen Grunde. Wir brauchen die jetzt in den Braubottichen größtenteils der Zerstörung anheimfallenden Lebensmittel gewiß nötig, aber — Rußland braucht sie noch viel nötiger. Wir haben bisher aus ihnen ein nicht bloß überflüssiges, sondern schädliches Genutzmittel hergestellt; wollen wir das weiter tun, während neben uns ein Volk buchstäblich verhungert? Wollen unsere Arbeiter, unsere Genossen wirklich weiter den kognatigen Gerstenbranntwein trinken — im Jahre 1920 kamen 40 Liter auf jeden Deutschen, die Kinder, Frauen, Greise miteingerechnet — und die Brüder in Rußland ihre leeren Eingeweide mit Gras und Wässern und Wurzeln füllen lassen? Ich kann's nicht glauben. Wir haben nicht bloß Geld und Arznei für Sowjetrußland übrig, wir haben auch Getreide. Geht dem unglücklichen Volk das Getreide, aus dem die Brauer in diesem Jahre Bier für Euch erzeugen werden, und Hunderttausenden reißt Ihr Leben und Gesundheit! Schleunigst müssen wenigstens unsere Abgeordneten im Reichstag von der Regierung fordern, daß sie ein Brauverbot erlasse, die Getreidevorräte in den Brauereien beschlagnahme und die dadurch frei werdende Gerste der vom Hungertode bedrohten Bevölkerung Rußlands zur Verfügung stelle. Das ist unsere Menschen- und Genossenschaftspflicht!

Ein Rotschrei der Verhungerten!

Von der unerträglichsten Notlage, in der sich viele Pensionäre befinden, geben die nachfolgenden Zeilen Kenntnis, die uns mit der Bitte um Berücksichtigung zugehen:

Die Altpensionäre der Preussischen Privatbahn — Haupt- und Nebenbahnen — sind tatsächlich dem Verhungern nahe, vielleicht fast sogar schon welche verhungert. Bei den erbärmlichen Gehältern, wie sie bis zur Revolution unter den Augen der staatlichen Aufsichtsbehörde gezahlt wurden, und bei dem Raubbau mit den Beamtenrästen war eine frühzeitige Pensionierung immer die Folge. In einzelnen Fällen nahm man sie auch vor, weil man ja die jüngeren Kräfte billiger hatte, und so werden denn Pensionen in erbärmlicher Höhe gezahlt, monatlich 60 bis 120 Mark ist die Norm. Vor einem Jahre zahlte man allerdings eine sehr mäßige Teuerungszulage; dies war aber nicht freiwillig, sondern weil die bestehende Pensionstabelle als Hilfskasse vom Reichsversicherungsamt zugelassen ist, mußten ganz natürlich mit den Erhöhungen der Alters- und Invaliditätsversicherungsrenten auch die Pensionen erhöht werden. Immerhin sind aber die Erhöhungen dieser Rente der Armen so mäßig, daß noch viele Pensionäre mit Teuerungszulage monatlich kaum eine Einnahme von 100 Mark haben.

In den Konzessionsurkunden ist nun vorgeschrieben, daß die Gesellschaften verpflichtet sind, nach den Grundätzen des Pensionengesetzes für Preussische Staatsbahnen für ihre Angestellten eine Pensionstabelle zu gründen und Beiträge hierzu zu leisten haben. Nun haben sich die Privatbahnen zu einer gemeinschaftlichen Pensionstabelle zusammengeschlossen, die dem Preussischen Eisenbahnminister unterliegt. Staatlicherseits ist das Altersruhegesetz geändert. In ihm ist angeordnet, daß das Ruhegehalt und das Wartegeld auf den Betrag festzusetzen ist, der sich ergeben hätte, wenn der Beamte bei seinem Ausscheiden aus der zuletzt von ihm bekleideten Stelle nach den am 1. April 1920 geltenden oder mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an in Kraft tretenden Vorschriften besoldet gewesen und in den Ruhestand versetzt worden wäre.

Diese Bestimmung, so sind wir alle der Ansicht, muß auch bei uns Anwendung finden; denn wenn die Pensionstabelle nach den Grundätzen der Preussischen Staatsbahnen eingerichtet werden dürfte, so muß die angezogene Verordnung auch bei uns in Anwendung gebracht werden.

Unsere Eingaben, um unsere Lage doch ertüchtlich zu machen, scheitern einerseits an der Herzlosigkeit der Privatbahnverwaltungen, die diese armen Menschen, als sie noch im Dienste waren, erbarmlich bezahlte und noch schlechter behandelt haben und denen es ganz gleichgültig ist, ob sie verhungern oder nicht. Und die Aufsichtsbehörde verlangt auch hier wieder, wie immer, eigentlich nicht auf dem Papier; der Herr Minister sagt, ihm fehlen die Mittel, also — wir müssen weiter hungern. Dagegen werden den genannten Bahnen Genehmigungen zu Tarifserhöhungen gegeben, und wir sind der Meinung, daß es Pflicht

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge

Die Untätigkeit des alten Magistrats — Es fehlt an Räumlichkeiten — Ueber 3000 Kriegsbeschädigte erwerbslos

H. E. K. Man kennt die ungeheure Zahl der Opfer des verbrecherischen Krieges, und allenthalben begannen wir den Bestäubten, die das fürchterliche Erbe der „großen Zeit“ sind. Die Proletarier, die für die Interessen des deutschen Imperialismus ihr einziges Vermögen, nämlich ihre Arbeitskraft, eingebüßt haben, sehen nun zähneknirschend den „Dank des Vaterlandes“, der nach Wilhelm's Wort ihnen gewiß sein sollte. Er besteht in den kläglichen Almosen, die von den Räten der gut Ballustierten fallen, und unsere glorreiche Republik ist viel zu sehr beschäftigt mit der Ausarbeitung von indirekten Steuern, um dieses atzige und erste Problem zu lösen.

Es ist interessant, wie sich die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Verwaltung der Stadt Berlin spiegelt, und ich will darüber einige Mitteilungen machen. Die ganze Materie ist zum erstenmal in einer Verordnung der rechtskonservativen Volkstommissionäre vom Februar 1919 geregelt, die übrigens damals zu einem Rücktritt des Ministers Schiffer führte, der leider immer wiederkommt. Im Kriege hatte man die ungenügende Gelegenheit ganz einfach den Kommunen überlassen, die sie schlecht und recht behandelten, wie es ihnen gutdünkte.

Erst seit zwei Jahren ist eine einheitliche Organisation für das Reich geschaffen. Sie besteht aus einer Anzahl Hauptfürsorgestellen, die für jede Provinz und die Stadt Berlin bestehen und einer bürokratischen Zentralisation dienen, deren Zweck nicht ersichtlich ist. Der eigentliche Verkehr mit den Kriegsbeschädigten obliegt den Fürsorgestellen, die in Berlin in jedem der vierundzwanzig Verwaltungsbezirke bestehen. In den neuen Bezirken eins bis sechs sind sie allerdings noch nicht eingerichtet, da der bürgerliche Magistrat es nicht für nötig hielt, etwas zur Vorbereitung der Dezentralisierung zu tun und allein die Unterbringungsfrage den größten Schwierigkeiten begegnet. Der sozialistische Magistrat sah sich einer völligen Vernachlässigung gegenüber, nicht einmal die Akten waren nach Bezirken geordnet. Seit dem 1. April besteht

eine eigene Stadtkommission

für dieses wichtige Gebiet, denn die Verwaltung ist den Kommunalverwaltungen angegliedert, obgleich es sich um eine Provinzialbehörde handelt und die Fürsorgeämter nur die Verordnungen der Regierung auszuführen haben. Freilich zahlen Reich und Staat auch $\frac{1}{10}$ der Kosten, während die Kommunen das restliche Zehntel aufzubringen haben.

Die einschlägigen Verordnungen bestimmen, daß bei jedem Hauptfürsorgeamt ein Beirat zu errichten ist, und auch diese Institution hat erst der neue Magistrat eingerichtet. Seine Mitglieder sind bestimmungsgemäß aus Grund der von den Kriegsbeschädigten-Organisationen präsentierten Listen berufen. Die achtundzwanzig Beiräte setzen sich aus Kriegsbeschädigten, sozial erfahrenen Personen (Ärzte, Stadtverordnete usw.) und Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammen. Sehr bezeichnend ist die Bestimmung, daß die Zahl der Kriegsbeschädigten und Arbeitnehmer genau so groß wie die der Arbeitgeber und sozial erfahrenen Personen sein muß. — Es ist halt eben eine S. P. D. Verordnung.

Obgleich längst nicht alle Kriegsbeschädigten in Beziehung zur Fürsorge stehen, werden

rund 100 000 Fälle

behandelt, und ein Etat von Beamten ist dabei beschäftigt. Die personelle Auswahl hat wohl den wichtigsten Einfluß auf einen reibungslosen Gang der Geschäfte, denn es ist klar, daß ein sehr tüchtiger Verwaltungsmann nicht immer das nötige soziale Verständnis und Mitgefühl besitzt, das eine Fürsorgestätte erfordert. Leider ist es nicht immer möglich, dieses Ziel zu erreichen. So sind beispielsweise eine Reihe ehemaliger Polizeibeamter aus den Bezirken, die durch die Schwupo überflüssig geworden sind, den Beamten überwiesen, und sicher ist gerade die Polizei nicht die passendste Vorbildschule für den Umgang mit Hilfsbedürftigen. Die Gefahr einer Ueberorganisation, die sich im Aktenhaufen und Verfügen erschöpft, wird dadurch in große Nähe gerückt.

Ein weiterer erschwerender Umstand liegt in der Raumfrage. Es fehlt überall an Platz, die Akten sind notdürftig untergebracht, und die Ueberführung nach den neuen Bezirksämtern könnte längst erfolgt sein, wenn diese Katastrophe nicht wäre. Im Hauptfürsorgeamt ist es darum unmöglich, einen persönlichen Verkehr in größerem Maße durchzuführen, nur wer im Besitz einer Vorladung ist, kann darauf rechnen, zu einem bestimmten Termin heranzukommen. Diese große Organisation, die sich in der Poststraße befindet, ist in einem Geschäftshause untergebracht und verteilt sich über drei Stockwerke, von allen möglichen anderen Lokalitäten durchbrochen. Der Weg von einem Bureau ins andere ist eine Reise treppauf, treppab, und wenn man schließlich am Ziele ist, kann man sicher sein, falsch gegangen zu sein.

Das Berliner Hauptfürsorgeamt

ist ein Wasserkopf mit drei völlig verschiedenen Funktionen. Es hat erstens eine eigentliche Aufgabe als Hauptfürsorgeamt zu erfüllen, eine Tätigkeit, die vorläufig noch dadurch gehäuft ist, daß ein Teil der Außenbezirke bisher dem Hauptfürsorgeamt in Bran-

denburg unterstand. Zweitens müssen hier bis zur Schaffung von Räumlichkeiten diejenigen Arbeiten erledigt werden, die den Fürsorgeämtern der sechs neuen Innenbezirke obliegen. Und drittens besteht hier die Arbeitsvermittlungsfstelle für Schwerkrriegsbeschädigte.

Welchen Umfang allein diese Arbeitsvermittlungsfstelle hat, erheut aus der Tatsache, daß sie täglich 150 bis 200 Fälle zu erledigen hat. Es handelt sich dabei um jene Armen, deren Schwächung 60 Prozent übersteigt und die dazu auch noch der Not der Arbeitslosigkeit ausgeliefert sind. Sie kommen teils von selbst, teils werden sie durch Fürsorgeämter und Erwerbslosenunterstützung überwiesen. Obgleich es gelungen ist, seit Dezember ungefähr 3000 Personen Arbeit zu beschaffen, sind zurzeit 2000 vorgemerkt, und ihre Zahl nimmt ständig zu.

Ganz von dem Mangel an Arbeitsschaffen abgesehen, ist diese Vermittlung besonders schwierig, weil ihr eine sorgfältige Eignungsprüfung

vorausgehen muß. Man geht selbstverständlich von dem Prinzip aus, jedem Mann eine Arbeit zu verschaffen, bei der er die Leistungsfähigkeit eines Gesunden entwickeln kann, ohne seine Gesundheit zu schädigen, aber es liegt in der Natur der herrschenden Verhältnisse, daß man von diesem Ideal noch weit entfernt ist. Es ergibt sich aus der Mechanisierung des kapitalistischen Arbeitsprozesses, daß die meisten Beschädigten es nicht allsehr bedauern, wenn sie ihren Beruf wechseln müssen. Die Beratung, welchem neuen Gebiet sie sich zuwenden können, erfolgt in mündlicher Rücksprache durch Beamte, die allerdings meist nur praktisch zu diesem bedeutungslosen Posten vorbereitet sind. Sie können sich auf Zeugnisse, Kurzerläute und persönliche Angaben, während die moderne Psychoanalyse keine Anwendung findet. Häufig greift man auf frühere Eignungen der Kriegsbeschädigten zurück, um einen passenden Beruf für sie zu finden. So hat man eine Reihe von Amputierten, die sich für Photographie interessieren, als Kopierer in photographischen Betrieben, besonders Filmateliers, unterbringen können. In schwierigen Fällen kann die Beratung durch eine Berufsberatungsfgruppe stattfinden, die sich aus Sachleuten zusammensetzt.

Als eigene Ausbildungsstelle steht dem Hauptfürsorgeamt bisher nur eine Tischlerwerkstätte zur Verfügung, im übrigen macht man sich die Berliner Gewerbe- und Fortbildungsschulen zunutze. Für Gebildete besteht außerdem die Kriegsblindenschule, die demnach dem Hauptfürsorgeamt unterstellt werden wird. Hier ist es gelungen, ein paar neue Arbeitsgebiete nutzbar zu machen. Während früher Blinde nur als Korbflechter Verwendung fanden, hat man sie neuerdings auch als Maschinisten, Aktenhefter und Rechnenrechner ausgebildet.

Die Arbeitsvermittlungsfstelle steht auch mit dem sogenannten „Bettelbezernat“ in ständiger Verbindung, das die Aufgabe hat, die bettelnden Kriegsbeschädigten zu prüfen, ob sie auch wirklich Verletzungen erlitten haben und diese nicht nur vorübergehend sind. Diese Einrichtung ist wohl die erschütterndste Anlage der Behandlung der Kriegsopter. Statt ihnen Brot und Arbeit zu geben, befreit man sie von unfaulterer Wettbewerb Konkurrenz!

Sehr wichtig ist

denburg unterstand. Zweitens müssen hier bis zur Schaffung von Räumlichkeiten diejenigen Arbeiten erledigt werden, die den Fürsorgeämtern der sechs neuen Innenbezirke obliegen. Und drittens besteht hier die Arbeitsvermittlungsfstelle für Schwerkrriegsbeschädigte.

Welchen Umfang allein diese Arbeitsvermittlungsfstelle hat, erheut aus der Tatsache, daß sie täglich 150 bis 200 Fälle zu erledigen hat. Es handelt sich dabei um jene Armen, deren Schwächung 60 Prozent übersteigt und die dazu auch noch der Not der Arbeitslosigkeit ausgeliefert sind. Sie kommen teils von selbst, teils werden sie durch Fürsorgeämter und Erwerbslosenunterstützung überwiesen. Obgleich es gelungen ist, seit Dezember ungefähr 3000 Personen Arbeit zu beschaffen, sind zurzeit 2000 vorgemerkt, und ihre Zahl nimmt ständig zu.

Ganz von dem Mangel an Arbeitsschaffen abgesehen, ist diese Vermittlung besonders schwierig, weil ihr eine sorgfältige Eignungsprüfung

Eignungsprüfung

vorausgehen muß. Man geht selbstverständlich von dem Prinzip aus, jedem Mann eine Arbeit zu verschaffen, bei der er die Leistungsfähigkeit eines Gesunden entwickeln kann, ohne seine Gesundheit zu schädigen, aber es liegt in der Natur der herrschenden Verhältnisse, daß man von diesem Ideal noch weit entfernt ist.

Es ergibt sich aus der Mechanisierung des kapitalistischen Arbeitsprozesses, daß die meisten Beschädigten es nicht allsehr bedauern, wenn sie ihren Beruf wechseln müssen. Die Beratung, welchem neuen Gebiet sie sich zuwenden können, erfolgt in mündlicher Rücksprache durch Beamte, die allerdings meist nur praktisch zu diesem bedeutungslosen Posten vorbereitet sind. Sie können sich auf Zeugnisse, Kurzerläute und persönliche Angaben, während die moderne Psychoanalyse keine Anwendung findet. Häufig greift man auf frühere Eignungen der Kriegsbeschädigten zurück, um einen passenden Beruf für sie zu finden. So hat man eine Reihe von Amputierten, die sich für Photographie interessieren, als Kopierer in photographischen Betrieben, besonders Filmateliers, unterbringen können. In schwierigen Fällen kann die Beratung durch eine Berufsberatungsfgruppe stattfinden, die sich aus Sachleuten zusammensetzt.

Als eigene Ausbildungsstelle steht dem Hauptfürsorgeamt bisher nur eine Tischlerwerkstätte zur Verfügung, im übrigen macht man sich die Berliner Gewerbe- und Fortbildungsschulen zunutze. Für Gebildete besteht außerdem die Kriegsblindenschule, die demnach dem Hauptfürsorgeamt unterstellt werden wird. Hier ist es gelungen, ein paar neue Arbeitsgebiete nutzbar zu machen. Während früher Blinde nur als Korbflechter Verwendung fanden, hat man sie neuerdings auch als Maschinisten, Aktenhefter und Rechnenrechner ausgebildet.

Die Arbeitsvermittlungsfstelle steht auch mit dem sogenannten „Bettelbezernat“ in ständiger Verbindung, das die Aufgabe hat, die bettelnden Kriegsbeschädigten zu prüfen, ob sie auch wirklich Verletzungen erlitten haben und diese nicht nur vorübergehend sind. Diese Einrichtung ist wohl die erschütterndste Anlage der Behandlung der Kriegsopter. Statt ihnen Brot und Arbeit zu geben, befreit man sie von unfaulterer Wettbewerb Konkurrenz!

Sehr wichtig ist

Der Ruhestreit.

Die damit betrauten Beamten haben die Art der Beschäftigung der Parteien in den Betrieben zu kontrollieren und neue Arbeitsstellen ausfindig zu machen. Denn die Unternehmer, die so gut am Krieg verdient haben, denken durchaus nicht immer daran, auch nur ihren beschleunigten Verfall zu begrenzen nachzukommen. Es besteht ein Gesetz über Schwerbeschädigte, wonach auf die ersten zwanzig gefunden ein Beschädigter Arbeiter einzustellen ist, und dann immer einer auf jede weitere fünfzig Beschäftigte. Gegen den Widerstand der Arbeitgeber hat das Hauptfürsorgeamt den Schlichtungsausschuß angurufen, der eine Buße bis zur Höhe von 10 000 Mark verhängen kann. Es zeugt von der Geistesverfassung unserer Unternehmer, daß allein in allerletzter Zeit zwölf derartige Fälle vorgekommen sind!

Dagegen bestehen keine Bestimmungen über

di. Pöhne

der Kriegsbeschädigten, bis auf den Punkt, daß die Rente unter keinen Umständen in Anrechnung gebracht werden darf. Die Tarifverträge sehen bekanntlich einen normalen Vollarbeiter vor, und es besteht in Berlin so etwas wie eine hübsch klingende Abmachung, daß die Kriegsbeschädigten 20 v. H. weniger Lohn erhalten.

Wie gelangt — die Stadt hat keinen Einfluß auf die Bestimmungen selbst, sie kann nur im Rahmen der staatlichen Verordnungen ihre Arbeit leisten. Vieles ist geschehen, seitdem der sozialistische Magistrat sein Regiment angetreten hat, vieles bleibt noch zu tun übrig. Das Haupthindernis einer entsprechenden Tätigkeit ist die Platzfrage. Eine klare, übersichtliche Anordnung würde den Verkehr sehr erleichtern und die Gefahr einer Ueberorganisation bannen. Man sollte einige Kirchen dazu benutzen, von denen ja die meisten nur einen schwachen Besuch aufweisen und ihre Gemeinden leicht zusammenlegen könnten. Sicher wird die Geschäftsstelle gerne bereit sein, ein Werk der Barmherzigkeit und Nächstenliebe für die Kriegsbeschädigten zu unterstützen. Oder nicht —?

Eine interessante Statistik

Nach einer Information der „Dona“ sind im Jahre 1920 in erster Instanz anhängig geworden vor den Zivilkammern 184 195 gewöhnliche Prozesse, 43 414 Prozesse in Ehesachen. Die entsprechenden Ziffern lauten für die Jahre 1912—1919 für gewöhnliche Prozesse 114 803, 90 541, 68 597, 55 600, 54 280, 65 240 und 130 910. Für Prozesse in Ehesachen; 18 820, 16 129, 10 500, 13 889, 15 800, 21 922 und 45 643. Im Jahre 1920 waren in erster Instanz vor den Kammern für Handelsachen gewöhnliche Prozesse anhängig 70 551. Die entsprechenden Zahlen für 1913 bis 1919 lauten: 24 065, 23 083, 26 337, 17 267, 15 799, 19 420, 39 855. In der Berufungsinstanz wurden 1920 anhängig vor den Zivilkammern 40 114 gewöhnliche Prozesse. Für die Jahre 1913—1919 lauten die Ziffern: 76 115, 68 508, 56 091, 24 816, 21 190, 19 704 und 30 913. Vor den Kammern für Handelsachen waren im Jahre 1920 anhängig 810 gewöhnliche Prozesse. In den Jahren 1913—1919 waren es 2247, 2232, 1505, 1376, 954, 630 und 731. Am 31. Dezember 1920 sind anhängig geblieben aus dem Jahre 1920 in erster Instanz vor den Zivilkammern 120 432 gewöhnliche Prozesse und 30 672 Prozesse in Ehesachen; vor den Kammern für Handelsachen 55 320 gewöhnliche Prozesse. In der Berufungsinstanz waren anhängig geblieben vor den Zivilkammern 22 629 gewöhnliche Prozesse und vor den Kammern für Handelsachen 490. Ferner sind noch aus früheren Jahren eine statistische Anzahl von Prozessen anhängig geblieben.

Die Ziffern dieser Statistik reden eine deutliche Sprache. Sie zeigen einwandfrei das starke Ansteigen der Zivilklagen im all-

gemeinen nach dem Kriege, ganz besonders aber der Ehe- und Handelsachen. Gegen das Jahr 1913, das als volles Friedensjahr allein zum Vergleich herangezogen werden kann, sind die vor Gericht ausgetragenen Ehestreitigkeiten im Jahre 1919 auf das zweieinhalbfache gestiegen, um 1920 wieder gering zu fallen. In Handelsachen ist die Differenz ungleich größer. Hier haben sich gegen das Friedensjahr 1913 die Fälle mehr als verdreifacht. So hat der Krieg sowohl die Geschäfts- als die Persönlichkeitmoral erschüttert.

Metallarbeiterstreit in Halle

Halle, 19. August.

Der „Halle'schen Zeitung“ zufolge wurde heute nachmittag in einer Metallarbeiterversammlung das Ergebnis der Urabstimmung in den Betrieben der Metallindustrie bekanntgegeben. 5367 Metallarbeiter haben sich für den Streit, 408 dagegen ausgesprochen. Es wurde beschlossen, sofort in den Ausstand zu treten.

Antimilitaristische Kundgebungen in Straßburg. Wie „Echo de Paris“ aus Straßburg meldet, fand am Mittwoch eine von den Kommunisten einberufene antimilitaristische Demonstration statt, um gegen die Verwendung der bewaffneten Macht in dem Konflikt zu protestieren, der zwischen Anführern und Arbeitern in der Metallindustrie besteht. Dabei seien aufsehenswerde Reden geführt und die Menge zur Revolution aufgefordert worden, die schließlich die internationale in deutscher Sprache angestimmt haben. Die Polizei mußte eingreifen und schließlich noch eine Escadron Hussaren hinzuziehen, die den Ausrückplatz säuberten. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Sommerdirektion
7 1/2 Uhr: Der Opernball
Nachm. 3 Uhr: Die Hedermaus

Direktion: Max Weinhardt

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potisch u. Perlmutter

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Hautschellen kriegt

Großes Schauspielhaus
Karlstr. 10
8 Uhr: Die Weber
(Kaiser Abonnement)

Komische Oper
Schauspiel: Alfred Hüter
7 1/2 Uhr: Der fidele Bauer

Rose-Theater
3 Uhr:
Jugend

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsteile

Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Erzelenz Nage

Theater i. d.
Königgräber Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Notruf

Drama v. Herrn. Sudermann
Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:

DAS MILLIARDEN SOUPER

Komödienhaus:
Abendlich 7.30 Uhr: Der blonde Engel

Theater am Rollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Residenz-Theater
Albert Hofmann in
Traumulus

Trianon-Theater
8 Uhr: Oda Wüst in
Die große Leidenschaft

Kleines Theater
8 Uhr: Hans Knäuper in
Der Dieb (Le voleur)

7 1/2 Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 210
Internat. Kugeln-Programm
Optim. Träume u. Eine Sagenstunde mit 24 Damen
Sowie 10 Sensationen

Theat. u. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 10077
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Vorv. 11—1 1/2 u. 4—6

Berliner Brater
Kafkasplatz 7-9
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
Variété

RETROPO
KRIEGER-KABARET
Behrenstraße 54.
7 1/2 Uhr:
Das sensationelle
Saison-Eröffnungs-
Programm.

Zum Düpfen

oder Bereiten von Seifen oder bei Verwendung die Dampfbildung vorzuziehen hat Zuder den allbewährten Schiffschiff. Er ist rein ohne Beigeschmack füllt augenblicklich, ist billig und befehlend. Da hat konzentriert, sparsam verwenden. Nach Gebrauch zwischen. Erhältlich in Kolonialwaren, Drogeriehandlungen und Apotheken.

Pickel, Sommersprossen,

Hautunreinigkeiten usw. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung, abgeschält durch echte Vater-Philipp-Schäufel, danach kommt anmutige junge zarte Haut zum Vorschein, 3 Mk. vom Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 147, in Berlin erhältlich in der Elefantapotheke, Leipziger Str., und Drogerien Bastianstr. 2, Fehmarstr. 3, Reinickendorfer Str. 119, Charlottenstr. 74, Pankow, Prinzstr. 6.

Zeißfeldstecher

6- und 8fach, handlich
M. Steckmann,
Berlin W 9, Potsdamerstr. 135
(Nahm. 9289).

Altmetalle

zahlte hohe Preise. Oberberg
Str. 1, Reinickendorfer Str. 107
1. Hof, Reiz.

Redakteur gesucht!

Zur Bearbeitung des politischen Teils der „Tribüne“ in Erfurt wird baldigst ein erfahrener Redakteur gesucht. Refraktiert wird nur auf einen sozialistischen, geschulten, langjährigen Parteigenossen, der bereits längere Zeit in ähnlicher Stellung tätig gewesen ist. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche und des zeitlichen Termins sind zu richten an die Geschäftsstelle der „Tribüne“ in Erfurt.

Kleide Dich billig, elegant!

Jackett-Anzüge, Cutaways, Ulster
teils auf Seide, jetzt 350-500 Mk.
Gammintel 300 Mk. Ferner Dampran-
kostüme, Mantel enorm billig!
Kreuzfächer, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silber-
Tücher, Wölfe, Lecher, Kalas Lombardware.

im Leihhaus Moritzplatz 58a

Möbel

zu bedeutend herabgesetzten Preisen auf Teilzahlung
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. u. Wagnerspl.
Filiale: Wagnerspl. 47-48.
5 Min. u. Wagnerspl.

Rasche Hilfe bei qualvollem, belohndem nachts unruhlichem

hantieren

bringt der sicher wirkende „Orinidalsamin“, d. auch in hartnäckigen Fällen bewährt ist. M. 15.-
Dr. Otto Reichel
Berlin 40, 20, Eisenbahnstr. 4

Garderobe

auf bequemste Teilzahlung
HERREN-DAMEN-
Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüme, Paletots, Ulster, Röcke, Kleider.
Gute Ware, solide Preise, große Auswahl.
M. Beiser, Lothringer Straße 67.

KOGNAK

Kleiner Weinbrand M. 42.00
Kleiner Weinbrand 44% 50.00
Grosbrand 32% 40.00

Restaurateure

Weinbrand M. 45.00
Eumliche andere Spirituosen, Weigwein, Rotwein, Seit billig u.
Zigaretten, Zigarren, Tabak zu Fabrikpreisen.

Schlaraffia

Berlin
Münster, 2, Turmstr. 50,
Potsdamer Straße 26 b,
Weißburger Str. Ecke
Frankfurterstr.

Billige an Wald und Wasser gelegene Parzellen in Heiligensee bei Tegel.

Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Anzahlung von M. 500 an. Günstige Abzahlung
Zusatz: Terringelände Heiligensee, Berlin NW 6,
Schiffbauerdamm 28. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee
im Bureau oder bei Vamprecht, Restaurant Rothkäppchen,
Heiligensee, Kirchallee. Teils d. Tegel-Heiligen, Straßenh.

Kupfer

Messing, Zinn, Blei,
Zinn
usw. kauft
Gotzkowskystr. 15

Kapitän-Rautabaf

einmal geprobt - immer gelobt.
Feiner Geschmack; leichtlich. In
Konten! bei Bierengenossen usw.
Best. Versandfirma nicht ein-
Denkmaltrieb C. Müller, Berlin,
Nichtberger Str. 22 (Rgt. 2801)

KVG Kleider-Vertrieb G. m. b. H.

Hauptgeschäft: Kommandantenstrasse 80-81
2. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Str. 33
3. " Lichtenberg, Frankfurter Allee 82
4. " Neukölln, Bergstrasse 29

Diese und nächste Woche besonders preiswerte Angebote in folgenden Artikeln:

Herren-Turnschuhe	15 ⁰⁰ 25 ⁰⁰ 33 ⁰⁰	Herren-Hosen	48 ⁰⁰ 52 ⁰⁰ 85 ⁰⁰ 87 ⁵⁰ 118 ⁷⁵ 187 ⁵⁰
Kinder-Turnschuhe	12 ⁵⁰ 15 ⁰⁰	Knaben-Hosen	aus Altmaterial 9 ⁰⁰ 10 ⁷⁵ 12 ⁵⁰
do.	31 ⁰⁰ 27 ⁰⁰ 35 ⁰⁰	Herren-Hemden	24 ⁰⁰ 28 ⁰⁰
Leder-Sandalen	36 ⁰⁰ 33 ⁵⁰ 27 ⁰⁰ 22 ⁵⁰	Herren-Unterhosen	aus Körper-Messel 20 ⁰⁰

Außergewöhnlich billig!

Damen-Kostüme auf Halbseide gefüttert, blau u. schwarz M. 210⁰⁰
Herren-Anzüge Nr. 10 gute Verarbeitung M. 140⁰⁰

Verkaufsstelle der Erzeugnisse der städtischen Blindenanstalt.

Volks-Reise-Verband

Neukölln
Münchener Straße 53

Vom 2. bis 10. September:
Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg

Wiederholung der v. 18.-20. Juni veranstalteten Ferienfahrt
Teilnehmerkarte einschließlich Fahrt und Verpflegung:
500 Mark

Anmeldungen sind umgehend (event. auch schriftlich) gegen
Einsendung der Sicherheitssumme von 100 Mk. an die
Geschäftsstelle des V.-R.-V., Neukölln, Münchener Str. 53
zu richten.

Großer Preis-Nachlaß!

Damenblenden, waschbare St. 300 R., Gürtel dazu 2, 3 R., Verbundwaite, 100 g 2 R., Gantecreme Tube 50 St. 1.50, Johanna Tube 1 R., Lieberthermometer 4, 5, 6 R., Vanolin 20, 50 St., wasserdichte Unterzungen für Kinder 3 R., 100 St. 12 R., Butterpapier 100 St. 2.50 R., Toilettenpapier Rolle 1.50, Seife 2.00, alle hygienischen Artikel, Hausmittel, 30 St. 2 R., A. Maas & Co., Berlin, Markgrafstr. 84 an d. Lindenstr., Begr. 1900.

KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde bietet für jedermann einen billigen und guten Lesestoff
Beliebt / Unterhaltend
Jedes Mitglied erhält bei dem Halbjahresbeitrag von
nur M. 15.-

Jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und 4 gute Bücher erster Schriftsteller

Anmeldung durch die
Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2
Drelle Straße 8-9

Auch diese gehen zu ihrem Drogeristen, um die beliebtesten Rajanol-Erzeugnisse

Hautcreme
Teintwasser
Zahnpasta
zu kaufen
Rajanol-Parfümerie
G. m. b. H.
Berlin-Oberschönweide
Fernsprecher: Oberschw. 555

Nun merk' Dir endlich, liebe Maus, Zum Waschtage muss Persil ins Haus!

Denn erstens wäscht es wundervoll, zweitens schont und erhält es die Wäsche, und drittens spart es Arbeit, Seife und Kohlen.

PERSIL

Ist das beste selbsttätige Waschmittel! Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.
Preis das Paket Mk. 4.-

Achtung! Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau.

Am Sonntag, den 2. Oktober 1 Uhr vormittags haben im Roffenlokal, Spandau, Oktoberfest 176, die Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Spandau, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer getrennt statt. Gemäß § 15 der A. O. K. nach den Grunddaten der Geschäftsstelle. In wählen sind 60 Ausschussmitglieder der Geschäftsstelle Arbeitgeber und 40 Arbeitnehmer, sowie 40 Arbeitgebervertreter und 80 Arbeitnehmervertreter.

Für die Wahlen sind dem Vorstand der unterzeichneten Kasse Beschlüsse, getrennt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bis spätestens 2. September 1921 einzureichen. Die einzelnen Beschlüsse sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung andeuten und nach Familien- und Vornamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Beschlüssen ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschlachtet sind, anzugeben. Mit den Beschlüssen für die Wahlen ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. In jedem Wahlvorstand ist ferner ein Vertreter des Wahlvorstands und ein Stellvertreter für ihn, aus der Mitte der Mitglieder, zu bezeichnen. Die Wahlvorstände müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen mindestens 30 Stimmen unterzeichnet sein. Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorstände zu senden.

Die eingereichten Wahlvorstände legen vom 12. bis 20. September 1921 während der Dienststunden von 8 bis 1 Uhr im Roffenlokal, Spandau, Oktoberfest 176, zur Einsicht aus. Wahlberechtigt und wahlbar sind die volljährigen deutschen Arbeiter und die Beschäftigten der Allgemeinen Ortskrankenkasse Spandau.

Zur Festlegung der Wahlberechtigung liegen die Mitglieder der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Dienststunden von 8 bis 1 Uhr vormittags bis zum 24. September 1921 zur Einsicht aus.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl sind bei der Abteilung des Ausschusses mindestens bis zum 24. September 1921 unter Vorlegung von Beweismitteln bei dem Vorstand der unterzeichneten Kasse einzureichen.

Ferner hat sich jeder Wahlberechtigte bei der Wahlhandlung mit einer Identifikationskarte zu versehen. Es ist dies für die Arbeiter oder die letzte Jahresbescheinigung bzw. Bescheinigung über die Beschäftigung, die Arbeitgeberkarte oder eine vom Arbeitgeber angefertigte Bescheinigung, daß der Betreffende am Tage der Wahl auch in Beschäftigung steht.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe und 10 x 8 cm groß sein. Im übrigen machen wir auf die Wahlordnung, die der Sitzung angehängt ist, aus der alles Nähere zu ersehen ist, aufmerksam.

Spandau, den 15. August 1921.
Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse Spandau:
G. Richter,
Vorstand.

NORDISCHE MESSE IN KIEL

vom 15. bis zum 18. September 1921

Gleichzeitig mit der Kieler Herbstmesse für Kunst und Wissenschaft vom 3. bis zum 11. September 1921

Vier große Meilhöfen im Innern der Stadt / Kurze Verbindung der einzelnen Meilhöfen / Geringe Frachtkosten durch Benutzung des Wasserwegs nach und in Kiel / Günstigste Gelegenheit zur Geschäftsabwicklung mit den Nord-Staaten / Gute Unterbringung der Besucher

Bei der Messe sind folgende Geschäftszweige vertreten:

1. Schiffbau und Schiffbauhilfsmaschinenindustrie	11. Holz- und wärmetechnische Artikel
2. Schiffahrt u. Schiffbauausrüstung einsch. Segel-sport	12. Schreibmaschinen und Büroartikel
3. Fischerei	13. Webwaren, Lederwaren
4. Fischindustrie	14. Handwerkerzeugnisse aller Art
5. Elektrotechnische Artikel	15. Kunstgewerbe
6. Maschinen u. Werkzeuge von Metall, Holz und dergleichen, Maschinen für Fabrik, Einrichtungen aller Art, Armaturen, technische Kleinwaren, Drahtwaren	16. Nahrungs-u. Genussmitt.
7. Fahrzeugindustrie	
8. Maschinen u. Geräte für	

Zur Ausstellung zugelassen nur Fabriks- und Großhändler, zum Besuch nur Einzelner und einzelne Interessenten

Pass- und Ausfuhrerleichterung
Auskunft erteilt das Meßamt, Kiel,
Haus Germania
Fernspr. Nr. 4403-4405 / Drahtanschrift: Nordmesse Kiel

Ein Erlebnisbuch fürs Proletariat ist soeben erschienen

Mag Dortu
Wir Männer vom Steinbruch
Elegant kartoniert 10 Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 / Breite Straße 8-9

Anzüge, Paletots, Ulster aus la Maßstoffen, eleganter Sitz, prima Redhaar Verarbeitung, selbst gefertigt, von 400 M. an. Herren-Anzüge, teils auf Seide, Wert bis 300 M., jetzt 200, 350, 400 M. oh- und Sportpaize fabrikhaft billig! Fahrgeld-Vergütung - Keine Lombardware

kaufen Sie konkurrenzlos billig im Leihhaus Brunnenstr. 5

Wanderkarten

für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9

M. Schulmeister

Dresdener Straße 4 ★ Kottbuser Tor

325 Einsermungs-Anzüge
425
495
375 Herren-Anzüge
495
700

Groß-Berlin

Die Deutschnationalen gegen den Schutz für Minderbemittelte

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gelangte folgender dringender Antrag der Unabhängigen zur Verlesung:

„Die Berliner Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, einer abermaligen Erhöhung der Zuschläge zur Friedensmiete, wie sie jetzt geplant ist, mit Rücksicht auf die schwerleidende, werktätige Bevölkerung unter seinen Umständen keine Zustimmung zu geben.“

Die Deutschnationalen, die sich jetzt in der Wahlbewegung so gern als Beschützer der Schwachen und Minderbemittelten aufspielen, ließen durch den Stadtverordneten Steiniger bekunden, daß sie die Dringlichkeit dieses Antrages nicht anerkennen. Der Antrag kommt nunmehr erst in der nächsten Sitzung zur Verhandlung.

Zum Tumult in der Stadtverordnetenversammlung

Einigen Zeitungsberichten über die Stadtverordnetenversammlung am 18. August 1921 muß festgestellt werden, daß der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wenig, da er sich kein Gehör verschaffen konnte, auf Grund des § 62 der für die Versammlung maßgebenden Geschäftsordnung seinen Sitz verlassen hat, um dadurch zu erkennen zu geben, daß die Sitzung verlegt sei.

Zu der durch die Presse gegangenen Mitteilung über das Verhalten der deutschnationalen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hinsichtlich des Oberbürgermeisterantrages hat der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wenig dem Vorsitzenden der Fraktion das nachstehende Schreiben zugesandt:

Herrn Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Kobian. Im Beisein Ihres gefälligen Schreibens vom heutigen Tage gestatte ich mir Ihnen mitzuteilen, daß ich selbstverständlich von vornherein entschlossen war, bevor ich noch Ihr Schreiben erhielt bzw. von einem Inhalt aus den Zeitungen Kenntnis nahm, in der nächsten kommenden Donnerstag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung den Punkt auf die Tagesordnung zu legen und als ersten zu diesem Punkt der Tagesordnung Herrn Kimmel das Wort zu erteilen.

Was die Beschwerde angeht, daß ich gestern den Stadtverordneten Goldbach nicht zur Ordnung gerufen habe, so erwidere ich darauf, daß ich sämtliche Stadtverordnete, die sich wörtlich oder schriftlich verweigert haben, zur Ordnung gerufen habe, da in dem allgemeinen Durcheinander gar nicht festzustellen war, welche Herren im Einzelnen sich gegen die Ordnung des Hauses verweigert hatten. Ich bitte Sie, diese meine Mitteilung Ihrer Fraktion zur Kenntnis bringen zu wollen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
Berlin, den 19. August 1921. Dr. Wenig, Stadtverordnetenvorsteher.

Wir meinen, die Scharfmacher im Rathaus müßten den weitesten Spielraum haben, sich in ihrer Volkseindlichkeit zu bewähren, muß es im Bericht über die Tumultszene im Rathaus in unserer gestrigen Morgenausgabe heißen, nicht bescheidenen, wie es durch das schlimme Treiben des Drucksetzereifens dort heißt.

Der schweigsame Stadtschreiber

Wir brachten am 15. Mai in einem Aufsatz: „Wandern und Militarismus“ den Nachweis, daß gewisse bürgerliche Jugendpflegeorganisationen militäristische Beeinflussung der Jugend betreiben und daher an einem Nichtzustandekommen des neuen Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes das größte Interesse haben. Unsere Ausführungen enthielten ferner aus dem im Austrage des Hauptauschusses für Leibesübungen und Jugendpflege vom hiesigen Turnwart Doehring verfaßten chauvinistischen „Groß-Berliner Wandernachricht“ und richteten sich fernerhin gegen das hiesige Jugendpflegeamt. Wenn sich statt der genannten Organisationen bzw. Behörden ausgerechnet der „Berliner Wanderverein“, den wir nur nebenbei erwähnt hatten, zu einer weniger überzeugenden als langatmigen Vertei-

digung in seinem „Märkischen Wanderer“ bemüht fühlte, so sah das um so verdächtiger aus, als sich der erste Vorsitzende dieses „Verbandes“ — Stadtschreiber Lange — ausschließlich persönlich getroffen fühlte. Der Einsender unseres diesbezüglichen Artikels beschäftigte sich deshalb in einem zweiten Aufsatz „Ein neutraler Jugendpfleger“ etwas eingehender mit Herrn Lange und stellte — bei gleichzeitiger Nennung seines Namens — fest, daß der belagte „neutrale“ Jugendpfleger am allerwenigsten Grund hat, in seinem Blatte die Gesinnung anderer Leute „niedriger zu hängen“, da er es vorzuziehen versteht, mit Hilfe des Jugendpflegeamtes und auf Kosten der Stadt Berlin seine Zeitschrift an den Mann zu bringen.

Und siehe, die von Herrn Lange mit sozial-moralischer Entrüstung verlangte Namensnennung des Verfassers hatte zur Folge, daß sich der Herr Stadtschreiber auf einmal als sehr zugetuht ermies und im Juliheft des „Märkischen Wanderer“ einen vollen Rückzug mit der nachstehenden bombastischen Erklärung antrat: „Uns ist der Raum zu schade, um uns mit solchen Leuten öffentlich auseinanderzusetzen, wenn ich mir das auch vorbehalten. Pfui Teufel aber über eine solche Gesinnung! — Lange.“

Mit diesem „Haltet den Dieb!“-Geziret wird Herr Lange nicht einmal seine Peier — die sich bei sogenannten „neutralen“ Organisationen bekanntlich immer „aus allen Volksteilen“ zusammensetzen — von den gegen ihn sprechenden Tatsachen ablenken können. Auch die lächerliche Behauptung wird das nicht vermögen, daß die Ausführungen Langes „sich nicht gegen die „Freiheit“ oder die „Naturfreunde“, sondern gegen ganz persönliche Niedertracht, die sich in einem solchen Manier (!! Red. d. Fr.) hält, richten.“ Daß eine dahingehende Berichtigung vom Augustheft des „Märkischen Wanderer“ stillschweigend übergegangen wurde, nimmt uns nicht wunder. Derartige Mäntel, die fast immer trotz aller schönen Phrasen persönliche Interessen einzelner dienstbar sind, können eben ihren Leherkreis nur bei der Stange halten, wenn sie jeden Meinungsaustrag aus ihren Reilen bannen.

Der Herausgeber des „M.“ vermeidet es aber ängstlich, die militäristische Tendenz des von ihm „auf das wärmste empfohlenen“ „Groß-Berliner Wandernachricht“, die ihm „bei der Durchsicht des Buches überhaupt entgangen“ ist, jetzt, wo sie ihm bekannt geworden, ausdrücklich zu verurteilen, was man doch nach obigem Titel erwarten müßte. Diese widerliche Heuchelei sollte genügen, um jeden aufrichtigen Menschen von derartigen Zeitschriften und „Verbindungen“ abzurufen zu lassen. Zur Sache selbst erscheinen uns viel wichtiger als die Langeschen Erläuterungen bestimmte Behauptungen einerseits des Jugendpflegeamtes über die von uns behauptete Verwertung städtischer Gelder für Privatinteressen, andererseits des Verlages des „Märk. W.“, ob der Betrag für die monatlich 100 Exemplare etwa nicht bei ihm eingezahlt wurde! Für die wanderfreudigen Arbeiter gibt es nur eines: Jeder Profetiarier hat den Schaffel-Huber-Bereinen den Rücken zu kehren und sich den Arbeiter-Wander-Bereinen anzuschließen.

Die Schupo schädigt die Arbeitslosen

Beim Kommando der Schupo Berlin ist ein Befehl im Umlauf, der die Beamten auffordert, sich zum 27. 8. d. Js. dem Berliner Presseverein zu einem orientalischen Festzug im Zoo zur Verfügung zu stellen, zu dem 2000 Mann zu Fuß und zu Pferde benötigt werden. Die Bezahlung hierfür soll der Wohlfahrtskasse beim Kommando der Schupo zufließen.

Nachdem endlich erreicht worden ist, daß die Reichswehr für solche Zwecke nicht mehr Verwendung finden darf, tritt also die Schupo als Schädigung der Arbeitslosen auf. 2000 Arbeitslosen entgeht dadurch eine Beihilfe, die sie sehr dringend brauchen können. Derartige Vorkehrungen tragen nicht dazu bei, den schon durch die monarchistischen Offiziere der Schupo herbeigeführten schlechten Ruf der Schupo zu verbessern.

Wir müssen es auch unter allen Umständen verurteilen, daß die Amtsgewalt der vorgeleiteten Instanzen mißbraucht wird, um die Beamten zu veranlassen, sich in ihrer freien Zeit zu diesem Festzug zur Verfügung zu stellen. Woher nimmt das Kommando das Recht, die Dienstspende der Polizei für Privatveranstaltungen zur Verfügung zu stellen?

Der Raubmord in der Potsdamer Straße

In der Wohnung der ermordeten Masseurin Minna Weiners in der Potsdamer Straße 100 nahm die Kriminalpolizei gestern noch einmal eine gründliche Durchsichtung aller Räume und Behältnisse vor. Kunden, die im Laufe des gestrigen Vormittags nach der Bewachung kamen, und von dem Mord noch nichts gehört hatten, waren erstaunt, statt der Masseurin und ihrer Assistentinnen viele Herren anzutreffen, die sie empfingen und sofort einem ihnen nicht gerade angenehmen Verhör unterzogen. Schon die bisherigen

Vernehmungen und Feststellungen ergaben, das das Quartier der Weiners eine der schlimmsten Laferhöhlen dieser Art in Berlin war. Nach den Aussagen der Assistentinnen und von Leuten, die die Weiners sonst kannten, muß sie wohl an die 100 000 Mark besitzen haben. 16 000 Mark wurden bei der gestrigen Durchsichtung in der Wohnung gefunden. Den weitaus größten Teil ihres Vermögens aber, das sie ständig bei sich in der Wohnung hatte, bewahrte die Ermordete in einem großen grauen Leinenbeutel auf, der wie Zeuginnen übereinstimmend befunden, bis oben vollgepropt war. Was den unbekanntem Täter betrifft, so hat die Kriminalpolizei von einer Zeugin eine wichtige Bekundung erhalten. Am Dienstag morgen hat die Weiners, wie festgestellt worden ist, noch gelebt. Um 10 Uhr vormittags dagegen nicht mehr. „Assistentinnen“, die um 10 Uhr kamen, fanden keinen Einlaß mehr. Der Täter ist wahrscheinlich in den Kreisen zu suchen, die die Weiners schon länger suchte. Sie hatte mit Expreßern zu tun, von denen sie sich ständig bedroht fühlte.

Hauswirte und Anzeigensteuer. Es scheint in den beteiligten Kreisen noch nicht genügend bekannt zu sein, daß die Ueberlassung von Flächen und Räumen zur Vornahme von Ankündigungen der Anzeigensteuer unterliegt. Die Ueberlassung des Hausgiebels, des Daches oder anderer Orte zur Anbringung von Anzeigen, (auch Lichtreklame) auf Tafeln auf Grundstücken ist anzeigensteuerpflichtig. Es ist nicht nur die für die Ueberlassung in bar erzielte Einnahme steuerpflichtig, der Hauswirt ist vielmehr auch mit dem Wert, den die Uebernahme der Verpflichtung zur Instandhaltung z. B. des Giebels, darstellt, der Steuer unterworfen. Nach § 30 des Umsatzsteuergesetzes sind alle derartigen Steuerfälle anzumelden. Solche Anmeldungen liegen bisher aber nur in geringer Anzahl bei den Umsatzsteuerämtern vor. Jeder Haus- und Grundbesitzer wird, um hohe Steuerstrafen zu vermeiden, gut tun, die bisher etwa unterlassene Anmeldung schleunigst nachzuholen. Damit sichert er sich den Vorteil des § 374 (tätige Neue) der Reichsabgabenordnung, kommt also der Bestrafung zuvor.

Die Anmeldungen sind für Alt-Berlin (Verwaltungsbezirk 1 bis 6) an das Umsatzsteueramt Berlin, C 25, Alexanderstr. 41, für den Bereich der Verwaltungsbezirke 7—20 an die entsprechenden Bezirkssteuerämter Abt. C — Umsatzsteuer — zu richten.

Der Ausbau der Straße Tegeel-Beiten. Die bisher eingeleistete betriebene Straße zwischen Tegeel- und Beiten, soll, wie erinnerlich, zweigleisig ausgebaut werden. Der auf dieser Straße durch die Anlage großer Fabriken an dieser Straße in den letzten Jahren entstandene Berufsverkehr, sowie der außerordentlich starke Güterverkehr, machen diesen Ausbau notwendig, für den bereits die ersten Mittel in den Etat der Reichsbahn eingestelltes worden sind. Die zahlreichen Eingaben der Anwohner dieser Straße auf die Einführung des Vororttarifs auch für die Strecke können nicht eher Berücksichtigung finden, bevor der zweigleisige Ausbau nicht durchgeführt worden ist. Zur Ausführung der ersten Vorarbeiten hat nunmehr der Polizeipräsident eine Bekanntmachung erlassen, nach welcher die Vorbereitungen zu Enteignungen für den zweigleisigen Ausbau dieser Straße auf Grund und Boden im Privatbesitz durchgeführt werden und von den Eigentümern der betreffenden Grundstücke gebildet werden müssen. Allerdings muß zum Betreten von Gebäuden, eingestrichelten Hof- und Gartenflächen, wenn die Genehmigung des Eigentümers nicht erteilt wird, die besondere Erlaubnis der Ortspolizeibehörde hierzu eingeholt werden.

Die Großberliner Wohnungsreparatur durch produktive Erwerbslosenfürsorge. Auch für den Monat Juli zeigt sich ein weiteres Steigen der durch die produktive Erwerbslosenfürsorge bezuschuligten Arbeitsverträge für Wohnungsreparaturen in Groß-Berlin. Die Tagessumme liegt von rund 43 000 auf 46 000. Damit ergab sich im Durchschnitt für 1770 Arbeitslose volle Arbeitsmöglichkeit. Die meisten Zuschüßtage entfallen wieder auf die Maler mit 14 523 Tagen. Das engere Baugewerbe ist mit zusammen 20 448 Tagen beteiligt, Dachdecker mit 3188 Tagen und Klempner mit 1892 Tagen. Die übrigen Gewerbe bleiben recht weit zurück.

Spandau. Freie Schule. Man erstrebt hier die Gründung zweier freier Schulen, das sind Schulen ohne konfessionellen Religionsunterricht. Augenblicklich streifen 650 Kinder, um sich diese Schule zu erzwingen. Während des Streiks sollen diese Kinder vor- und nachmittags unterrichtet werden. Stellungslose Lehrer und Lehrerinnen, Vertreter oder Vertreterinnen, die auf unserem Boden stehen, können während des Streiks, eventuell auch später, an der freien Schule beschäftigt, vielleicht angestellt werden. Spandau ist Ortschaft B. Nähere Auskunft schriftlich (Rückporto) oder mündlich (5—6 Uhr täglich) durch W. Sonnenstein, Spandau, Schönwalder Straße 54, Vorsitzenden der Freien Schulleitung.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

Da drüben saß er, weinlich, und es waren gewiß nicht die schlechtesten und billigsten Sorten, die er hatte auffahren lassen. Die ganze Tafelrunde trank natürlich mit! Es war auch ganz am Platz, so groß zu tun! Wenn man sich einen reichen „Gäsbauern“ als Schwiegerjohn einfangen wollte! Daß sämtliche Dienstboten sich da heraufgestohlen hatten, sah der Alte natürlich nicht. Wirtschaft! Wirtschaft! an allen Ecken und Enden! Wenn er nur gut essen und trinken konnte!

Endlich kam Rätchen ganz erhit: „Es ist das Allerletzte und beinahe hat' ich's nit gekriegt, wann ich mir nit alle Müß gegeb' hatt'!“

„Müß gegeben! Bände Ihr! Gleichgültig seid Ihr und faul! Nichts steht in euch drinn! Der Teufel soll in Euch fahren!“ fauchte er Rätchen an.

Die Kleine bligte ihn mit bösglühenden Augen an; sie sah aus, als ob sie weinen wollte; dann machte sie aber rasch ein schnippisches Gesicht und sagte nachlässig, fast wie Gretchen konnte sie reden: „Ach Gott, tun Se doch nit so wüß! Des is nur, weil des Gretche nit da is. Die wird halt mit'm Herrn Heinrich komme.“ und als sie sah, wie Peters Stirne rot wurde, wiederholte sie zum Abschied freudig: „Jawohl, die wird sicher mit'm Herrn Heinrich komme.“

Peter hätte Rätchen am liebsten geohrfeigt. Was tat er denn überhaupt da? Er sah vor seinem Wein und ließ ihn schal werden, er genoß nichts von dem Essen, das er so festig begehrt hatte; warum ging er denn nicht fort, Ratt, der er war?

„Wozu regst du dich denn auf?“

Seine Mutter fuhr kampflustig herum. Wenn sie etwas an ihm nicht leiden konnte, so war es diese überlegene Art.

„Sted doch dein' Hand in die Hosentasche, des gehört doch dazu! Du bist viel zu erhab' für des, was mich aufregt! Wann m'r doch in England war! Gud, wann de nor nit so affektiert tätscht, wie wenn dich nit aus der Ruh bringe lönn! Wannsch's aber partout wisse wüßsch, es gehört sich nit, daß die Mädchen immer mit eh'm tanzen. Ueberhaupt? Mit wem lönn se dann tanze?“

„Mit wem? Es sind ziemlich viele da!“

„Viele! Ich will aber nit, daß se mit jedem tanze!“

„Aber erlaube! Das ist doch ihre Sache!“

„Ihre Sach? Des wär' noch schöner! Ich bin doch ihr' Mutter. Ich bin kein Phisikschern, des kann m'r bei Gott niemand nachsage, aber alles hat sein Grenze; mit wem se tanze solle, hab' ich zu bestimme; ich will nit, daß jeder Bauer kummt!“

„Du wüßsch, daß deine Töchter hoch im Preise bleiben, daß se sich ja nichts vergeben, daß se streng mit der Kategorie „eins“ verkehren! — So kommt doch nicht daher, wo auch andere Menschen sind.“

„Du bist unausstehlich. Wann ich doch nur will, daß se bei ihrem Shtand bleiben?“

„Was verstehst du unter „ihrem Stand“?“ frug Rolf und steckte jetzt wirklich beide Hände in die Hosentaschen. „Fabrikanten sind ziemlich dünn gefät hier, Offiziere passen dir auch nicht, so viel ich weiß.“

„Du weißt, was ich mein! Uff Schippsindigkeit laß ich mich mit dir nich ein! Bildung verlang ich, es gibt ewwe Grenze!“

„Bildung!“ Rolf lachte laut. „Töchterchule, Altvier-Klimpern oder Jour besuchen.“

„Ach, des sin doch nur so Symptome! Ich red' vun der Herzensbildung, die wo nit jeder hat!“

„So? Was würdest du zum Beispiel sagen, wenn wir — ich sehe den Fall — mit den Mädchen vom Felsenbrunner Hof verkehrten?“

„Die?“ lachte seine Mutter und ließ vor Entrüstung ihr Lorgnon fallen. „Wie kommstschte darauf?“

„Ja, in der französischen Schweiz, in Brüssel oder in Paris sind sie allerdings nicht erzoogen. Du wüßsch aber doch nicht sagen, daß se ungebildete Mädchen sind?“

„Was weiß ich! Ich lene se nit und will se nit kenne!“

„Warum nicht?“ beharrte Rolf hartnäckig und ohne aus der Ruhe zu kommen. „Warum willst du sie nicht kenne?“

„Weenscht, ich merk des nit, daß du e Faible für die Helene hast! So red doch grad raus!“

„Ich habe gar kein Faible für sie. Würde ich sonst ruhig hier sitzen und zusehen, wie die Dame mit anderen tanzt? Zah meine, du kennst mich. Mich interessiert im Augenblick nur, wie du deine Grenzen ziehst, auch welche Vorurteile man in Deutschland hat, selbst unter den Gebildeten!“

„Aber ich hab' doch kein Vorurteil!“ erieferte sich seine Mutter. „Wie oft muß ich d'r des sage? Meinetwege pouffter' des Mädchen, aber du weißt doch die alte Geschichte, und die neue auch!“

„Was geht denn das mich an? Geschäft! Mir kann's nur erfreulich sein, daß wir mehr Geld haben als die vom Felsenbrunner Hof, und daß wir in Zukunft noch einiges Wohlstande in die Tasche stecken werden, was denen gehört.“

„Rolf, schäm dich!“ fuhr seine Mutter auf.

„Ja, jetzt wirst du sentimental! Ich bin doch kein Pen-näler! Ich habe doch Augen! Soll ich denn die Wirtschaft auf dem Felsenbrunner Hof nicht sehen? Schon deshalb brauchst du gar keine Angst zu haben, ernsthaft gar keine! Was ja nicht ausschließt, daß ich das junge Mädchen schar-mant finde. Zudem sind die Damen doch befreundet.“

„Befreundet? Sollen doch gleich mit den Hasebergern Freundschaft anfangen!“

Rolf blieb gelassen und ernsthaft.

„Das ist wohl ein anderer Fall, und du solltest die beiden Fälle nicht vermischen. Ich würde es einigermaßen absurd finden, wenn ich dich gefragt hätte, ob du die rote Hasebergerin, vulgo Kasebergerin, empfangen würdest; was gar nicht ausschließt, daß ich diese glühende Wüte unserer Fluren sehr zu schätzen weiß. Es wäre wohl zum mindesten eine Geschmacklosigkeit.“

„Ach, sei m'r doch schill! Du wüßsch verblüffe! Du bist immer verdächtig, wann du viel redsch! Mach m'r nit weiß, des Mädchen hat vorhin immer hergeguckt! Ich hab's gesehe! Und geh jetzt fort und hol dein' Schwester!“

„Das werde ich nicht tun!“

„Warum nit?“

„Sie stehen bei den Damen vom Felsenbrunner Hof.“

„Dann erst recht!“

„Dann erst recht nicht. Man soll seinen Mitmenschen kein Schauspiel geben. Sei doch gelassen! Vornehmheit, liebe Mutter, das ist die Hauptsache; das andere können sich Parvenüs leisten. Wozu die Aufregung? Brauchen die Leute über unsere Gefühle unterrichtet zu sein? Du bist wie ein Kind! Du posterst mit allem heraus; du tust dir sogar noch etwas zugut auf diese Tugend, deine Aufrichtigkeit. Bergeiß, aber es ist eine plebejische Tugend, in meinen Augen sogar ein Kardinalfehler!“

(Fortsetzung folgt)

Gewerkschaftliches

An die deutschen Arbeiter und Angestellten

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in seiner am 13. und 14. August in Berlin stattgefundenen Konferenz zur Lage des durch Hungers und Seuchen aller Art in schlimmster Weise heimgeschlagenen russischen und georgischen Volkes Stellung genommen. Er beschloß einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen und die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder zu beauftragen, Sammlungen einzuleiten.

In Gemäßheit dieses bereits zur allgemeinen Kenntnis gelangten Beschlusses fordern wir die Arbeiter und Angestellten Deutschlands auf, unverzüglich mit den Sammlungen zu beginnen.

Die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Ortsstellen des AFA-Bundes werden ersucht, sofort Sammlungslisten an die Gewerkschaftsmitglieder herauszugeben. Die Sammlungsergebnisse sollen umgehend an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter der Adresse Hermann Kube, Berlin S.O. 16, Engelauer 24 IV, oder auf Postfachkonto 7930 Postfachamt Berlin, eingeleitet werden.

Wir fordern alle Arbeiter und Angestellten auf, nach Maßgabe ihrer Kräfte sich an diesen Sammlungen zu beteiligen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,
T. H. Leipart.
Allgemeiner freier Angestellten-Bund,
Hoffmann.

Gewerkschaften und Beamtenbund

Zu dem geplanten Abkommen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Beamten-Bund hat nunmehr auch der Bundesausschuss des ADGB Stellung genommen und folgende Entschliebung gefaßt:

Der Bundesausschuss des ADGB hat von der Entschliebung des Deutschen Beamten-Bundes Kenntnis genommen. Er hält unter Aufrechterhaltung seiner früheren Beschlüsse an der Fassung fest, daß das vorgelegte Abkommen der beiderseitigen Vorstände eine geeignete Grundlage für ein Zusammengehen der drei Spitzenorganisationen bildet. Er erwartet baldige Wiederaufnahme der vom Deutschen Beamten-Bund in Aussicht gestellten Verhandlungen.

Sollte in angemessener Frist eine Vereinbarung nicht zustande kommen, so wird der Vorstand des ADGB beantragt, mit den beteiligten Verbänden und dem AFA-Bund in Verhandlungen zu treten, um die Grundlage für eine gewerkschaftliche Beamtenbewegung im Anschluß an den ADGB und AFA-Bund zu schaffen.

Offensive der Holzindustriellen

Ausperrung auf der ganzen Linie.

Die Berliner Holzindustriellen haben dem Holzarbeiter-Verband am 17. August d. J. ein Ultimatum zugestellt, in dem die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit bis zum Donnerstag, den 18. d. M., gefordert wird, im anderen Fall sei die restlose Stilllegung der Betriebe androhen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ließ die Arbeitgeber wissen, daß sie die Wiederaufnahme der Arbeit in den betroffenen Betrieben ablehnen muß, aber zu Verhandlungen jederzeit bereit sei, und auf die Anerkennung des Mantelvertrages nicht verzichten kann. Als Antwort hat die Arbeitgeberorganisation ihren Mitgliedern ein Rundschreiben zugesandt, in dem die restlose Stilllegung der Betriebe gefordert wird.

Die Arbeitgeber scheuen sich nicht, ihre eigenen Mitglieder mit Unwahrheiten zu traktieren und benutzen jede Gelegenheit, um den Grund des jeweiligen Kampfes auf Konto der Arbeitnehmer zu legen. Der Holzarbeiterverband weiß, daß die Arbeitgeber zum größten Teil das eigentliche Streitobjekt nicht kennen, und sich nur von ihrem leitenden Oberhaupt, Herrn Paetz, dirigieren lassen.

In den letzten Verhandlungen der Arbeitgeber, welche von Paetz einberufen wurden, wurde die Unannehmbarkeit des Mantelvertrages damit begründet, daß die Lohnsätze für Berlin in Zukunft von den Tarifämtern festgelegt werden.

Man müßte annehmen, daß bei diesen wissenschaftlich falschen Behauptungen den Herren die Schamröte ins Gesicht steigt. Aber davor scheuen die Herren nicht zurück, das ist ja der Zweck ihrer ganzen Taktik.

Der Vertrag sieht vor, daß jeder Bezirk, und so auch Berlin, die Lohnsätze zwischen beiden Parteien zu vereinbaren hat, ohne Mitwirken jeder Vertragsinstanz. Wer in Streitfällen entscheidet, ist eigene Aufgabe der örtlichen Parteien, und nur mit Zustimmung beider Parteien kann irgendwelche Schlichtungsinstanz angerufen werden. Welches dieselde ist, hängt von den Wünschen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ab.

Mit der Regelung der Arbeitszeit liegt es ähnlich. Hier wollen die Arbeitgeber jedes Juratzenchen der Arbeitnehmererschaft unbedingt ablehnen. Sie, als die Herren im Hause, wollen bestimmen, welche Arbeit in Accord herzustellen ist, und welche Preise für diese zu zahlen sind. Der Vertrag dagegen verlangt, daß mit den Parteien eine Verständigung erzielt werden soll.

Die Lehrlingsfrage ist nach Angabe der Arbeitgeber, grundsätzlich nicht Aufgabe der Vertragsparteien, diese zu regeln. Hier wollen sie unter allen Umständen die Bewegungsfreiheit behalten, um der Ausbeutung willkürlich Tür und Tor zu öffnen. Der Vertrag dagegen verlangt, daß beide Parteien, in Verbindung mit der Arbeits- und Handwerkerkammer eine Lehrlingsordnung schaffen sollen, die das Lohn- und Arbeitsverhältnis regelt.

Die Lohnsätze für Berlin sollen nach dem Angebot der Arbeitgeber in Zukunft 6,75 M. betragen. Dieses Angebot bezeichnen die Berliner Holzarbeiter als einen Hohn, da festgestellt, daß ungelerneten Arbeitern und solchen anderer Berufskreise in der jeweiligen Zeit schon längst 7 bis 8 M. gezahlt werden.

Wenn Unparteiliche sich diese Streitobjekte vor Augen führen, wird man unwillkürlich fragen, ob es nicht Wahnwitz ist, wegen dieser Streitfälle einen Kampf von so weittragender Bedeutung zu provozieren.

Der Holzarbeiterverband hat kein Interesse, der Öffentlichkeit mit Unwahrheiten aufzuwarten und überläßt das Urteil der Öffentlichkeit.

Die streikenden Holzarbeiter haben die schmerzliche Traurigkeit der Arbeiter Berlin zwei Jahre hindurch gekannt und kämpfen in Berlin um Rechte, die jedem Holzarbeiter des gesamten Reiches von Arbeitgeberseite längst zugestanden sind.

25 Jahre Verband der Fabrikarbeiter in Berlin

Auf ein 25jähriges Bestehen blüht am 23. August 1921 die Zahlstelle Berlin des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands zurück. Hervorgegangen aus dem von Laßalle gegründeten Allgemeinen Arbeiterverein ist der Verband heute zu einem wesentlichen Faktor in der Berliner Arbeiterbewegung geworden. In den verstrichenen 25 Jahren hat die Zahlstelle ihre Aufgaben als Streiter für die ungelerneten Proletariat glänzend erfüllt. Ein schweres Feld war zu bearbeiten. Die Industrie lag immer noch in Schauern ungelerneter, vollständig indifferenter Arbeiter vom flachen Lande in die Großstädte. Die Berufsorganisationen legten auf die Gewinnung der Ungelerneten nicht den Wert wie heute. So kam es, daß der Verband sich Verband der Fabrik-, Land- und Arbeiter und Arbeiterinnen nannte und die Aufgabe stellte, alle ungelerneten Arbeiter für sich zu gewinnen.

Die Arbeitsteilung in der Industrie drängte auch die Berufsorganisationen zur Aufnahme der ungelerneten Arbeiter. Ganze Industriegruppen wurden ihnen durch die Fabrikarbeiter zugeführt. In diesen Fällen hat der Fabrikarbeiterverband die Pionierarbeit geleistet. Seine Aufgabe beschränkte sich nunmehr auf die Gewinnung der Arbeiter in den letzten Jahrzehnten emporgeblühten Chemischen, Gummi-, Papier-, Industrie, Industrie der Steine und Erden usw. Ein kapitalträchtiges, brutales Unternehmertum verlor jede Regung der Arbeiter der genannten Industrien zu erlösen. Groß ist die Zahl der im Laufe der Jahre für ihre Organisationsfähigkeit Gemahregelten, ungeachtet der Opfer die gebracht wurden. Alle Politik- und Unternehmernmaßnahmen vermochten jedoch nicht den stetigen Anstieg der Organisationen aufzuhalten. Folgende Zahlen geben ein Bild von der Entwicklung der Zahlstelle:

Am Schlusse des Jahres	Kassenbestand	123 Mitglieder
1896	203,- M.	317
1900	2876,- "	6 weibl. 317
1905	25248,- "	275
1910	42838,- "	469
1915	232015,- "	380
1920		23 593

Bei Beginn des Weltkrieges zählte die Zahlstelle 8033 männliche und 721 weibliche Mitglieder. Eingezeichnet zum Kriegsdienst waren 5034, von denen 567 gefallen sind. Ihre ihrem Andenken als Mitkämpfer für die Organisation.

Von den 28 Gründern der Zahlstelle gehören heute noch 5 dem Verbande ununterbrochen an.

Besonders muß der Kämpfe der Organisation gegen die Gesundheitsgefahren bei der Arbeit gedacht werden. Gerade die Betriebe, in denen die ungelerneten Arbeiter beschäftigt wurden, waren wahre Giftstätten. Dem unermüdblichen Kampf der Organisation und Verbesserung der Arbeitsräume und erhöhten Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter ist der Erfolg nicht verlagert geblieben, wenn auch noch viel auf diesem Gebiete zu tun übrig bleibt.

Zur Feier des 25jährigen Bestehens findet am 20. August in den Gesamtträumen der „Neuen Welt“ das Stiftungsfest statt, zu dem alle Freunde und Mitglieder der Organisation eingeladen sind. Eintrittskarten sind im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, sowie an der Kasse zu haben.

Ein arbeiterfeindlicher Direktor im „demokratischen“ Siemenskonzern

Die Siemensbetriebe gelten in der Öffentlichkeit im allgemeinen als soziale Unternehmen und die Siemensherren selbst als arbeiterfreundlich und von sozialem Geiste erfüllt. In Wirklichkeit ist es mit der Arbeiterfreundlichkeit nicht weit her. Besonders arbeiterfeindlich ist der Leiter des Charlottenburger Werkes von Siemens-Schüdt, Frankfurterstraße 20, Herr Beiersdorf. Sein vom Herren-im-Haus-Standpunkt diktiertes Verhalten gegenüber „seiner“ Arbeiterkraft grenzt an Brutalität.

Das tollste Stück hat sich dieser Herr vor kurzer Zeit geleistet, indem er einen Teil der Belegschaft, und zwar die Transportarbeiter durch Armbinden und Kummern gekennzeichnet hat. Das Einverständnis des Arbeiterrates hierzu herbeizuführen, fällt ihm natürlich nicht ein. Die Arbeiter haben sich dieser Kennzeichnung widersetzt, mühen sich aber letzten Endes unterworfen, da der Schlichtungsausschuss oder vielmehr der Unparteiliche, Herr Dr. Körner, der Verleitung durch einen Spruch, gegen welchen natürlich sofort Beschwerde erhoben wurde, zu Hilfe eilte. Dies hatte zur Folge, daß das Vorgehen des Herrn Beiersdorf jetzt in anderen Werken Schule macht, indem man auch dort dieser Kategorie von Arbeitern Armbinden und Nummer aufnötigt. Begründet wird diese Maßnahme mit der Reorganisation des Transportwesens. In Wirklichkeit sollen aber mit Hilfe der vor einiger Zeit eingeführten Werkschutzpolizei und der oben erwähnten Kennzeichnung die „faulen“ Arbeiter ausgesondert werden. Wenn es sich um die Verbesserung der ziemlich schlechten hygienischen Verhältnisse im Werk handelt, kümmert sich Herr Beiersdorf weniger darum.

Zur vollständigen Charakterisierung sei noch bemerkt, daß dieser Herr auf jede nur erdenkliche Art und Weise bestrebt ist, der Betriebsvertretung das Leben schwer zu machen, daß es an der Tagesordnung ist, die im Betriebsratsgesetz und einer besonderen Vereinbarung mit der Generaldirektion geregelte Bezahlung der von den Betriebsräten verbrauchten Arbeitszeit vielfach nicht erfolgt, so daß die Betriebsräte (es handelt sich um solche, die laut Vereinbarung von der Berufsarbeit ganz freigestellt sind) anstatt für 6 Arbeitstage nur Bezahlung für 3, 3, 3 Arbeitstage erhalten und daß der Herr Beiersdorf zu dieser Maßnahme noch den Hohn gestellt, indem er gelegentlich bemerkt, „unser Arbeiterräte hängen aus Idealismus“.

Unbequeme Arbeiter, insbesondere Mitglieder der Betriebsvertretung, die sich nicht willenlos die Ausübung ihrer Rechte beschneiden lassen, läßt er auf eine Art und Weise kontrollieren, die man nur Bespödelung nennen kann. Er läßt solche Kollegen darauf hin scharf beobachten, ob sie etwa verspätet zur Arbeit erscheinen, ob sie sich, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlassen, formgerecht abmelden und ob sie sonst penibelst genau die Arbeits-, bzw. Dienstordnung und sonstigen Vorschriften beachten. Wird die geringste Verletzung (nach seiner Ansicht) festgestellt, so hagelt es Verwarnungen, Strafen und Entlassungsandrohungen, wenn nicht gar die Entlassung selbst ausgesprochen wird. In die Betriebsverhandlungen schied er seine jungen Herren, welche dann über den Verlauf genau Bericht zu erstatten haben. Diese Anordnungen werden natürlich geheim gehalten. Diese Spiegelberichte werden dann dazu benutzt, um den Betriebsräten, welche dort Ausführungen machen, einen Strid zu drehen, an dem man sie aufhängen, d. h. auf das Pflaster werfen kann.

Die Christlich-Nationalen zu den Gewerkschaftswahlen

Der „Täglichen Rundschau“ entnehmen wir folgenden Aufruf:

Die in der christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßten Arbeiterorganisationen (Christliche Gewerkschaften, katholische und evangelische Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine) haben in ihrer letzten gemeinsamen Sitzung zu dem am kommenden Sonntag zu tätigen Gewerkschaftswahl Stellung genommen. In einer Entschliebung wurden die Gründe (!) Red. d. Hr.) dargelegt, die die christliche Arbeiterchaft Berlins veranlaßte, diese Stellung zur Wahl einzunehmen. Die Entschliebung lautet:

Die christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft Berlin stellt fest, daß angesichts der kurzen Fristen, die für die Wahl der Gewerkschaftswahl von den amtlichen Stellen festgesetzt worden sind, eine für die nichtsozialistische Arbeiterchaft erspriehliche Durchführung dieser Wahl nicht möglich ist. Im Hinblick darauf, daß die Gesetzgebung über die Arbeitsgerichte und das Schlichtungswesen auf dem Wege ist, erscheint auch diese Wahl reichlich entbehrlich und hätte durch geeignete Verwaltungsmaßnahmen vermieden werden sollen. Unter Protest gegen die auf Veranlassung des sozialistischen Teiles der Arbeiterchaft zugeschnittenen Maßnahmen der Gemeindeverwaltung erklärt die christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft für die Mitglieder der ihr angeschlossenen Organisationen völlige Wahlenthaltung.

Die christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft wird aufgefordert, der ausgegebenen Parole Folge zu leisten und im besonderen sich nicht von den gelben Organisationen, die unter dem Namen „nationales Gewerkschaftsrateil“ sich an der Wahl beteiligen, einlassen zu lassen.

Selig sind, die geistig arm sind, das muß wirklich auf die wenigen noch in den christlichen Organisationen vorhandenen Mitglieder zutreffen, denn sonst würde man es sich nicht wagen, eine so plumpe und dumme Ausrade für die Lasten anzuwenden, daß sie infolge Mitglieder mangels ohne jede Aussicht sind, auch nur einen Beisitzer in Berlin durchzubringen. Um den Mitgliedern nicht die Augen über ihre völlige Bedeutungslosigkeit zu öffnen, übt man Wahlenthaltung. Um an dem Heringsfall der Gelben schuldlos zu sein, verbietet man, für diese Listen

zu stimmen. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden aber nun erstrecht alles daran setzen, auf ihre Liste Stimmen zu vereinigen, doch auch für die Zukunft allen anderen, ebenso zweifelhaften Arbeitervertretungen die Luft verweht, an der Wahl zu beteiligen.

Der Umfang der Erwerbslosigkeit

Die letzten statistischen Zahlen zeigen ein nicht unerwartliches Wachstum der Erwerbslosigkeit und der Arbeitslosigkeit. Auch für Juli ist der Umfang der Erwerbslosigkeit in den Bezirken sehr verschieden. So entfielen z. B. auf je 1000 Einwohner an unterhaltigen Arbeitslosen einschließlich der Familienmitglieder in Sachsen 29,9 Personen, in Preußen 11,9, Thüringen 13,2, Hessen 9,5, Bayern 6,8, Württemberg 6,5 Personen und sinkt in einigen Bezirken unter 1 pro 1000. In den Stadtstaaten, in denen ein Vergleich durch ländliche Bevölkerung ist, wo sich die industriereiche Stadt fast völlig mit dem ländlichen Land bedeckt, steigen die Zahlen erheblich, steigen unter sich wieder bedeutende Unterschiede. So ist die Vergleichsziffer für Hamburg 41,1 für Lübeck 16,0 und für Bremen 5,2.

Diese Unterschiede zeigen sich noch krasser, wenn man die großen und typischen Industriegebiete unter sich vergleicht. Die Zahlen geben die Zahl der unterhaltigen Erwerbslosen einschließlich Familienmitglieder auf je 1000 Einwohner an. An der Spitze stehen mit 45,3 Unterhächeln auf 1000 Einwohner, in neuerlichen Anzuehen der Eisenindustrie. In Groß-Berlin sind es 31,8, in Zürich 21,9, in Hamburg 18,0, Kiel Dresden 14,4, Königsberg 14,8, Leipzig 13,0, München während andere Städte erheblich niedrigere Zahlen aufweisen. B. Stuttgart 5,9, Pforzheim 5,3, Mannheim 4,8, Hannover, Frankfurt 4,9, Erfurt 5,0. Zum Teil bewegt sich die Vergleichsziffer um 1 pro 1000 herunter bis auf 0,1 in Dortmund und Tübingen. Nach verzeichnet auf 1000 Einwohner 1,1 Arbeitslose, Bielefeld 0,4, Braunschweig 2,0, Kassel 1,3, Krefeld 1,0, Essen Halle 1,8, Köln 2,7 usw. Groß-Berlin, wo trotz des natürlichen Sinkens die Zahl der unterhaltigen Erwerbslosen noch immer in der ersten Juliwache 120 865 Personen betrug, und auf 38 Prozent der in Deutschland und 60 Prozent in Preußen unterhaltigen Erwerbslosen. Es bestehen also außerordentliche Unterschiede. Belastet sind vor allem drei Bezirke: Groß-Berlin, Sachsen mit seiner weitläufigen Textilindustrie und die nordische Wasserkante, wo Handel und Verkehr sehr langsam erholt und der Schiffbau wieder in einer argen Krise befindet. Am bei dieser unterhaltigen Belastung ausgleichend zu wirken, müssen bei der Verteilung der großen Staatsaufträge die ländlichen Bezirke mehr berücksichtigt werden. Es muß aber auch versucht werden, einen stärkeren Abfluß der Erwerbslosen aus den Notbezirken zu erreichen. Leider werden die einem Ausgleich entgegenstehenden Hindernisse oft noch vergrößert durch die Abneigung, namentlich längerer Arbeitskräfte, Arbeit außerhalb ihres Wohnortes anzunehmen.

März-Gemahregelte der A.E.G. Transformatorwerke Oberkornweide. Alle Kolleginnen und Kollegen, die anläßlich der Märzaktion gemahregelt sind, werden aufgefordert, sich einer Besprechung (bezüglich der Verhandlung vor dem Gewerkschaftsgericht am 23. 8.) am Sonntag, den 21. 8., vormittags 10 Uhr bei König Häftensstraße 35, einzufinden.

Städt. Bezirk 12. Gewerkschaftskommission. Zur Gemeinderatswahl müssen sich alle Parteien und Gewerkschaftsgenossen dem Wahlbureau des 12. Bezirks, Restaurant Behne, Steglitz, Heesestraße 2, von 9-5 Uhr zur Verfügung stellen.

Gewerkschaftswahl! Verwaltungsbezirk Weihensee! Lokale für Weihensee: Gemeindeschule Langhansstraße 120, Wörthstraße 23; Hohenschönhausen: Rathaus, Hauptstraße, Wolchow, Falkenberg und Wartenberg; Gosthof vom goldenen Stern, Wartenberg. Wahlberechtigte sind zu haben: Hohmann, Langhansstraße 102, J. Hepe, Berliner Allee, Alexander, Rennbahnstraße 1, und Wustrow, Hohenschönhausen, Hauptstraße. — Unterkommission Weihensee.

Jugendbewegung

Am Sonntag, den 21. August 1921, findet der 1. Jugendtag der S. P. J. in Kalkberge statt. Wir laden die gesamte Jugend ein, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Programm:

- 9 1/2 Uhr: Sammeln auf dem Marktplatz in Kalkberge (Hauptstelle der Straßenbahn).
 - 10-11 Uhr: Beschäftigung der Kalkberge durch Berliner unter Führung der hiesigen Jugend.
 - 11 1/2 Uhr: Mittagstisch, Abholen auf der neuen Abfuhr.
 - 2 1/2 Uhr: Sammeln bei Hennig, Marsch nach der Biele-Tramersee an der Kreuzbrücke.
 - 4 Uhr: Veranstaltung dortselbst, bestehend in Ansprachen, Rezitationen, Musik, Gesangsvorträgen, Spielen, Reigen, Tanz.
 - 6-8 Uhr: Abmarsch vom Festplatz nach dem Marktplatz, selbst Abbruch der Feste.
- Die Arbeiterportvereine werden eingeladen, an dieser Veranstaltung geschlossen teilzunehmen.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 20. August

18. Verwaltungsbezirk (Tregow). Abteilung Altschöneberg-Talkow. 8 Uhr abends: Wichtige Funktionenstellung der Frau, Tuusenerstraße.
19. Verwaltungsbezirk (Abteilung Baumgartenweg). Wende. 8 Uhr abends: Wichtige Funktionenstellung von Vorges. Baumgartenweg, 20.
18. Bezirk. Vorstandssitzung der Partei, Baumgartenweg, 20. Abteilungsmitglieder teilnehmen.
- Schöneberg-Friedenau. Die Karten für das Niederfest sind bis Sonntagabend bei Baer, Gollitz 3, abzurufen; spärliches oder Sonntag vor dem Fest.

Sonntag, 21. August

2. Verwaltungsbezirk. 4. Bezirk, Witten. Ehemalige Teilnehmer. Abends 8 Uhr im Tempelhof, Mantelverträge, treffen sich um 2 Uhr Kaiser-Waldweg, Schöneberg. Gemeindefest mit Musik Punkt 7 1/2 Uhr.
8. Bezirk. Sonntag 10 Uhr Abteilungsversammlung der 2. Abteilung bei Graubühner Straße.
11. Bezirk. Der Trausentalabend (1921) wegen der Wenig Kalkberge. Direktionsabendversammlung aus und findet 8 Tage später statt.
12. Bezirk (Kreuzberg). Abendversammlung Arbeiter-Bezirk. Treffpunkt 7 Uhr Altschöneberg-Straße. Anfangs 1,60 M. Eintrittsgeld und mahltes Kaffee und Musikinstrumente mitbringen.
18. Bezirk (Kreuzberg). Umhängeabend: kann der Bescheid nicht am Sonntag, den 21. August, stattfinden sondern am Montag, den 22. August.
20. Bezirk (Kreuzberg). Alle Jugendlichen von 16-21 Jahren, welche Freitag nach Kalkberge teilnehmen wollen, treffen sich früh 5,30 Uhr am Marktplatz, Kreuzberg-Talkow.
- S. P. J. Charlottenburg. Parteitag und sympathisierende treffen sich Sonntag, den 21. August, morgens 10 Uhr, zu einer nicht-öffentlichen Besprechung, im Baumgartenweg.
- Steglitz. Kalktionskommission. Parteitag. Treffpunkt Sonntag 6 1/2 Uhr Bahnhof Steglitz.

Bereinskalender

Sonnabend, 20. August

- Wahltransportarbeiter und Kleinfuhrer, Funktionäre-Verband** abends 7 Uhr im Lokal von Albert Paetz, Langhansstraße 22, Ecke Gosthofen.
- Sonntag, 21. August**
- Freiwillige Gemeinde.** Sonntag, 21. August, im Rathaus, 8 Uhr abends. Herr Prof. Dr. Haack: Menschliche und göttliche. Gemeindefest (Kreuzberg). 8 Uhr abends.
- Gewerkschaftlicher Eltern-Verein Weihensee.** 1. Sitzungsaal, Restaurant, Wartenberg.
- Sozialistische Proletarierjugend Weihensee.** Die erste Fahrt der neuen Jugend nach Kalkberge. Alle Jugendlichen, die sich unserer Organisation anschließen wollen, treffen sich früh 7 1/2 Uhr Mariannenplatz (Kreuzberg-Talkow).
- Verantwortlich für Berlin: A. Heubner, des 12. Bezirks. Berlin-Verband für Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaftliche. S. P. J. in Kalkberge. Berlin: für den Interessierten und gewerkschaftlichen. Kalkberge: A. Heubner, des 12. Bezirks. Charlottenburg: Gewerkschaftliche. S. P. J. in Kalkberge. Berlin: S. P. J. in Kalkberge. — Vorstand der Berliner Arbeitervereine. Berlin-Verband für Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaftliche. S. P. J. in Kalkberge.